

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Eberm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röllestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3892.

Inserate für die sechsgespaltene Kolonietzelle oder deren Raum
2 Mark; bei Wiederholungen Rabatt.
Stellenvermittlungen pro Zeile netto 1 Mark.

In einer Aufl. von **236100** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Ausspannen!

30, 33, 34 Grad Hitze hatten wir in den letzten Wochen, alles wurde schlapp und matt, der Schweiß rann — selbst bei ruhigem Gehen im Schatten — heiß von der Stirne und in allen geschlossenen Räumen herrschte eine drückende Schwüle, die ein beengendes Gefühl erzeugte und nach Atem ringen ließ. Die Schulen machten Pflanzferien und Lehrer wie Kinder suchten, wo sie konnten, frische, schattige Wälder auf. Die oberen Zehntausend, insofern sie nicht schon die tausend Bäder und Sommerfrischen in Deutschland bevölkerten, rissen sich los von den Vergnügungen der Städte, von den Annehmlichkeiten und Behaglichkeiten ihrer Villen und Schlösser, um das Gebirge aufzusuchen und hier in ewigem Schnee und Eis die sengenden Sonnenstrahlen leicht ertragen zu können. Die internationalen Schnellzüge wuchsen zu fahrenden Städten mit glücklichen, lachenden und lebensfrohen Genußmenschen heran und auf den Bahnhöfen türmten sich die vielen, großen und schweren Koffer der reisenden reichen Leute zu wahren Bergen auf, die die kostbarsten Schätze in ihrem Innern bargen.

Das war so im Mai und Juni, es ist aber auch so im Juli und August und, wenn das Wetter schön ist, auch noch im September. Es ist auch jeden Sommer so: die Bourgeoise und Aristokratie verbringt die heißen Monate an den schönsten, mit allem Prunk und Luxus, mit allen Bequemlichkeiten ausgestatteten Bade- und Kurorten, in Gms, Wiesbaden, Baden-Baden, Homburg v. d. G., in den böhmischen Bädern Karlsbad, Marienbad, Franzensbad und Teplitz, in den Bergen des bayerischen Oberlandes wie im Gehirg der Schweiz, Tirols und den übrigen österreichischen Alpenländern, an der Nordsee wie an der Ostsee, an den nordischen Küsten Schwedens und Norwegens. Sie spannen aus, die oberen Zehntausend, für den ganzen Sommer, obwohl sie auch während den übrigen Jahreszeiten nicht eingepannt sind. Es ist ein Herren- und Luderleben, das die besitzenden Klassen führen und das in ihren Sommerreisen am aufwändigsten und aufreizendsten in die Erscheinung tritt und allem Volke offenbar wird, ein Leben voller Genuß, Freude und Glück, ein Götterleben voll Sonnenschein und Seligkeit. Sie haben den Himmel auf Erden, das Paradies mit allen seinen Herrlichkeiten, und sie wollen dieses schöne Leben als ewiges Leben den besitzenden Klassen für alle Zeiten sichern.

Die gesamten Kosten der Herrlichkeiten der besitzenden Klassen trägt das arbeitende Volk. Ihr Besitz ist die aufgehäufte, unbezahlte Arbeit des Proletariats, jede Million, die täglich dazu kommt und den Reichtum vermehrt, ist unbezahlte Arbeit, und jeder Tausendmarktschein, der von einem deutschen Kommerzienrat auf den Tisch der fürstlichen Hotels geworfen wird, ist die Frucht proletarischer Arbeit, mühselos eingestrichener Mehrwert, vorenthaltener Arbeitslohn.

So schufteten die Arbeiter denn auch weiter in Fabriken und Werkstätten, in Gruben und auf Bauten, auf Äckern und Wiesen, während die Drohnen der besitzenden Klassen alle Schönheiten des Lebens genießen und gleichzeitig an dessen Verlängerung wirken, um es recht, recht lange genießen zu können. Die Arbeiter schufteten weiter im Schweisse ihres Angesichts um fargen Lohn, während ihr kommerzieller „Brotgeber“ irgendwo auf einem Berge sitzt und die schöne Welt zu seinen Füßen liegen sieht. Die Arbeiter verdienen unterdessen zu Hause nicht bloß das dem „Herrn“, was er draußen braucht, sondern sie arbeiten darüber hinaus auch in dieser Zeit noch an der weiteren Vermehrung seines Reichtums. Zum Danke dafür bringt der glückliche und gesundheitslich gestärkte „Brotgeber“, der fürsorgliche Vater seiner großen Kinder, eine Lohnreduktion als Geschenk aus der Sommerfrische mit nach Hause.

Die Arbeiter waren die einzigen, die auch bei 34 Grad Hitze nicht ausspannen konnten und durften. Wenn schon schlapp und matt, der Körper in Schweiß gebadet, die Atmosphäre in der Werkstatt und der Fabrik unerträglich, der Lärm der Maschinen unaussprechlich; der Tyrann Hunger, der durch die schlechten und unzulänglichen Arbeitslöhne seine schwere Herrschaft ungeschwächt über die Arbeiter behält — der Meister und Werkführer, der die Lieferung des alltäglichen Pensums Arbeit, unbekümmert um die herrschende Hitze, von dem Arbeiter fordert, wie der Jude Shylock sein Pfund Fleisch aus der Brust seines Schuldners, treibt unerbittlich zur Arbeit an und der Lohnflane muß. Man gibt ihm dann vielleicht zur Unternehmung der Lebensgeister einen ausgezeichneten kalten schwarzen Kaffee, den Litar zu 10 Pf., und so kann er mit Zuhilfenahme einiger Phantasie meinen, daß er ebenfalls in der Sommerfrische sei.

Was die besitzenden Klassen für sich selbst als selbstverständlich erachten, das wird den arbeitenden Klassen mit aller Entschiedenheit vorenthalten. Sie sind nach der Meinung der Herrschenden von Natur aus nur zur Arbeit bestimmt, sie sollen im Schweisse ihres Angesichts ihr Leben verdienen, sie sind die Armen, die für die Reichen arbeiten müssen, sie sind mit Sätteln geboren, die Reichen aber mit Sporen. Und dann kommen die frommen Helfershelfer der besitzenden und herrschenden Klassen und predigen dem Arbeiter:

Hier ist dein Los zu dulden und zu darben, In andern Weiten wachsen deine Garben.

Worauf wir mit Heinrich Heine antworten:

Wir wollen hier auf Erden schon Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein, Und wollen nicht mehr darben; Verschleimen soll nicht der saule Bauch, Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hienieden Brot genug Für alle Menschenkinder, Auch Rosen und Myrthen, Schönheit und Lust, Und Zuckereisfen nicht minder.

Das ist das geliebte Arbeiterprogramm, das Ziel der Arbeiterbewegung, die Lösung der sozialen Frage. Dieses Programm schließt auch Sommerferien für die Arbeiter ein, das Ausspannen für einige Wochen, um frei aufatmen, sich als Mensch fühlen, der Schönheiten der Natur und der Schöpfungen von Menschenhand sich erfreuen und die Gesundheit neu kräftigen und stärken zu können. Die Produktivität der Arbeit, die Höhe der Technik, die Leistungsfähigkeit aller modernen produktiven Anlagen und Betriebe, die Wertschöpfung der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte ermöglicht heute jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Angestellten einen mindestens vierzehntägigen Sommerurlaub bei Fortzahlung des vollen Lohnes jedes Jahr zu genießen. Zu allem Überflusse haben die Unternehmer selbst den Beweis für diese Möglichkeit geliefert. Seit Jahren folgt eine Aussperrung auf die andere, auf Iferlohn Bremen, Berlin, Flensburg, Unterweser u. s. m. und zuletzt der größte Streich mit der Aussperrung von 15000 Metallarbeitern in Bayern. Eine Reduktion der Arbeitszeit auf 57 Stunden pro Woche konnte angeblich die bayerische Maschinenindustrie nicht ertragen, alljährlicher Sommerurlaub von vierzehn Tagen für jeden Arbeiter ist von ihr bisher auch nicht gewährt worden — aber 15000 Metallarbeiter auf vierzehn Tage auszusperrn, das gestattete die Konkurrenzfähigkeit der bayerischen Maschinenindustrie, darunter litt sie nicht. Durch diese Massenaussperrung ist der Nachweis geleistet, daß diese Industrie und mit ihr die gesamte Industrie ihren Arbeitern gestatten kann, jeweils im Sommer auf vierzehn Tage von der ganzjährigen Arbeit auszusperrn. Vor der Reformation gab es in den katholischen Ländern, also auch in Bayern, gegen hundert Sonntag- und Feiertage. Die Reformation brachte eine bedeutende Verringerung derselben, so daß sie heute nicht viel mehr als festliche Feiertage sind. Eine Ferienzeit von vierzehn Tagen dazu bringt den Arbeitern noch immer nicht das wieder zurück, was sie vor der Reformation besaßen. Und man weiß, daß in jenen mittelalterlichen Zeiten die Arbeiter auch lebten, das Handwerk gedieh und prosperierte und die Menschheit sich wohl nicht weniger glücklich oder mehr unglücklich fühlte als heute.

Die Arbeiter werden auch bald auf der ganzen Linie dazu kommen, die Forderung des alljährlichen Sommerurlaubs aufzustellen und durchzusetzen. Die Tausende von Buchdruckern, die heute schon bezahlte Sommerferien erhalten, zeigen, daß sie gewährt werden können. Die Arbeiterorganisationen, die Arbeiterunternehmungen, die Konsumvereine u. d. m. die schon seit Jahren ihren Angestellten bezahlte Sommerferien bewilligen, und zwar als ein Recht der Arbeiter und Angestellten anerkennen, beweisen, daß die Arbeitererschaft, soweit als sie dazu die Möglichkeit hat, mit der Erfüllung und Durchführung ihrer Forderungen zuerst bei sich selbst anfängt und dabei gut fährt und prosperiert.

Ausspannen! Wir wollen es hinausfahren in das ganze Volk, daß der Arbeiter ein Recht darauf hat, von den 300 Arbeitstagen vierzehn für sich zum Ausruhen, zur Erholung, zur Stärkung und Kräftigung seiner Gesundheit, zur Aufseinerung seines Gemüts, zur Erfrischung seines Geistes, zur Freude an der Natur, zum Genuß des Lebens zu fordern, daß ihm diese Freiheit bisher der Kapitalismus abgefohlen und vorenthalten hat und daß auch dieses schwere Unrecht am arbeitenden Volke aufhören müsse.

Ausspannen! Arbeiter, erfüllt euch mit diesem Gedanken und Wunsche, nehmt ihn in euer Programm auf und gelobt, nicht zu ruhen und zu rasten, bis jeder Arbeiter jedes Jahr seinen bezahlten Sommerurlaub hat. Die Naturschönheiten, Luft, Licht und Sonne sind für alle Menschen da und auf sie hat zuerst der Arbeiter als der Schöpfer aller Werte berechtigten und vollen Anspruch.

Ein einziges, organisiertes Volk vermag alles, denn von ihm allein, von seiner Kraft, seiner Intelligenz, seinem Fleiße, seiner Arbeit allein hängt das ganze Getriebe ab. Laßt sie die ganzen oberen Zehntausend verschwinden und die Welt hat nichts verloren. Verachtet aber das arbeitende Volk und die Welt ist verloren. Darum dürfen wir auch auf wenigstens vierzehn Tage in jedem Sommer ausspannen.

Ausspannen...!

Zur Metallarbeiterbewegung in Bayern.

Die Arbeitgeber-Zeitung leistete sich bei Besprechung des Kampfes in Bayern das menschenmögliche in Verunglimpfung des Metallarbeiter-Verbandes und seiner Führer. Den von den Arbeitern erzielten Erfolg suchte sie zu verkleinern, dagegen den Unternehmern einen großen Sieg zuzuschreiben. Darüber wird sich niemand wundern, der den Charakter dieses Blattes kennt. Die Arbeitgeber-Zeitung kann sich aber nun rühmen, einen Mitstreiter gefunden zu haben: Arm in Arm mit dem Regulator kann sie jetzt ihr Jahrhundert in die Schranken fordern. Die neuen Männer des Gewerkevereins haben es glücklich dahin gebracht, mit der Arbeitgeber-Zeitung an einem Strange zu ziehen! Bei dem Artikel des Herrn Gleichauf in Nr. 27 und den „Leitartikeln“ in Nr. 28 des Regulators liest, kann zu keinem anderen Urteil kommen. Wie da der Führer des Metallarbeiter-Verbandes verlästert worden und das Resultat des Kampfes in Bayern herabgesetzt wird, ist derart, daß die Arbeitgeber-Zeitung darauf neidisch sein muß. Man kann den Ärger des Herrn Gleichauf ja wohl begreifen; er spielte nämlich in dem Kampfe in Bayern sozusagen das fünfte Rad am Wagen. Das hat er aber in erster Linie der bisherigen Taktik des Gewerkevereins zuzuschreiben. Dann aber ist die Mitgliederzahl des Gewerkevereins in München und in Nürnberg eine so geringe, daß es bei dem Kampfe wirklich keinerlei Ausschlag geben konnte.

Den besonderen Ärger Gleichaufs erregt natürlich die Tatsache, daß dem Metallarbeiter-Verband durch das Vorgehen der Industriellen so viele neue Mitglieder zugeführt worden sind. Deshalb greift er zu dem Scharfmachertrick, zu behaupten, der Metallarbeiter-Verband infolge derartige Lohnbewegungen nur, um Mitglieder zu fangen. Zu diesem Zwecke würden die Arbeiter „scharf“ gemacht. Wörtlich schreibt Gleichauf: „Der Mitgliederfang sollte im Großen betrieben werden, deshalb der Streik, deshalb die Forderungen.“ Daß diese Behauptungen aber unwarhaft sind, dafür haben wir einen Zeugen, dem selbst ein Gleichauf nicht widersprechen können: es ist das der — Regulator!

In Nr. 25 bringt das Blatt unter anderem aus Nürnberg folgendes:

Seit Wochen und Monaten steht die hiesige Arbeiterschaft, insbesondere die Metallarbeiter, in einer Bewegung, welche auf Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse hinausläuft. Veranlaßt wurde dieselbe einerseits, um die in den letzten Jahren darniederliegenden Industrie eingetretenen Verschlechterungen wieder auszumergen, andererseits aus der nun wieder aufstrebenden, der steigenden Konjunktur Vorteile zu gewinnen. Schon im Vorjahre stellten die Arbeiter der Spielwarenindustrie an ihre Arbeitgeber die bezüglich Forderungen, welche von denselben als berechtigt anerkannt und überwiegend wurden. Vor einigen Wochen traten auch die Arbeiter der hiesigen Siemens-Schuckertwerke mit Forderungen zur Verbesserung ihrer Lage an die Direktion heran und wurden dieselben, allerdings nach einigem Hin und Her, nach einigem Handeln und Feilschen, bewilligt. Durch diese Erfolge ermutigt, suchten nun die Arbeiter der Vereinigten Maschinenbauaktiengesellschaft Nürnberg ihrerseits, sich einige Vorteile zu erringen, sie stellten Forderungen, die sie, da dieselben nicht über das Maß der in anderen Betrieben bewilligten Forderungen hinausgingen, glatt durchzuführen hofften. Sie hatten aber nicht mit der Hartnäckigkeit des Direktors gerechnet. Dieser zwar Zugeländnisse machte, die aber so geringfügigen Natur waren, daß sich die Arbeiter keinesfalls damit zufriedengeben konnten. Sie traten in den Ausstand...

In diesem Bericht ist die Ursache der Bewegung in Nürnberg ganz richtig geschildert. Es kann auch absolut nicht davon gesprochen werden, daß die Arbeiter in Nürnberg von Führern des Metallarbeiter-Verbandes „scharf“ gemacht wurden. Viel eher trifft das zu auf eine Rede, die ein Herr Dunderger Führer in der entscheidenden Versammlung der Arbeiter der Maschinenbauaktiengesellschaft Nürnberg gehalten hat, in der der Streik beschlossen wurde. Es fällt uns aber nicht ein zu behaupten, daß derselbe irgend eine Nebenabsticht dabei verfolgte. Wollten wir aber nach Gleichaufschon Manier verfahren, dann würden wir sagen: der Mann hat deshalb für den Streik gesprochen, weil er hoffte, daß dadurch dem Metallarbeiter-Verband recht viel Blut abgezapft werden kann.

Der den Artikel Gleichaufs in Nr. 27 des Regulators liest, muß ohne nähere Kenntnis der Dinge zu der Meinung kommen, die Arbeiter hätten nach dem Rate der Führer des Metallarbeiter-Verbandes gänzlich unerfüllbare Forderungen aufgestellt. Schon das obige Zitat aus dem Nürnberger Berichte des Regulators widerlegt dies. Aber das Malheur Gleichaufs ist noch größer. In derselben Nummer, in der er Gift und Galle auf den Metallarbeiter-Verband speit, steht ein weiterer Bericht aus Nürnberg über eine Versammlung der Gewerkevereine, in der Herr Trabert sprach. In dieser Versammlung wurde (nach dem Regulator) folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige, zahlreiche besuchte öffentliche Gewerkevereinsversammlung verurteilt entschieden das Vorgehen des Metallindustriellen-Verbandes und die durch ihn vollzogene Aussperrung der Arbeiter. Sie erkennt darin einen Gewaltakt dieses Unternehmer-Verbandes, der den Arbeitern die zwingende Notwendigkeit des Zusammenschlusses und der Organisation klar erkennen läßt. Die Versammlung erklärt, daß die Forderung der teilweise hier schon eingeführten 57 stündigen Arbeitszeit und eine zehnprozentige Lohnhöhung unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen kein unberechtigtes und unerfüllbares Verlangen in sich schließt. Sie fordert deshalb die Versammelten auf, da für die Durchführbarkeit die Beweise schon vorliegen, zur Erreichung dieser Ziele tatkräftig einzutreten und mitzuwirken.

Diese Resolution sieht gerade so aus, als hätten die Nürnberger Gewerkevereiner schon im Voraus gewußt, was Gleichauf im Regulator schreiben würde und sie hätten ihn durch ihren Beschluß absichtlich desavouieren wollen, als hätten sie dem „weiten Volk“, dessen er sich für den Gewerkeverein rühmt, nicht viel zugebaut.

Wie sich Gleichauf bemüht, das Resultat des Kampfes für die Arbeiter zu verkleinern, geht auch daraus hervor, daß er behauptet, der Metallarbeiter-Verband habe seinen Mitgliedern „ohne jeden Erfolg die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen müssen“. Wir übersehen den Erfolg des Kampfes wahrlich nicht, aber es wird auch mit dieser Gleichaufschon Behauptung der Wahrheit direkt ins Gesicht geschlagen. Weiter behauptet Gleichauf der Wahrheit zuwider, in dem Moment, wo man die Notwendigkeit zur Aufnahme der Arbeit erkannt, habe den Kollege Reichel ihn (Gleichauf) eingeladen, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Daran ist kein wahres Wort! Was hätte sich Reichel von einer Teilnahme Gleichaufs auch versprechen sollen? Dem Kollegen Reichel ist es nicht eingofallen Gleichauf einzuladen und er ist durch das jegliche Gebahren Gleichaufs ein für allemal davor geschützt, daß er ihn je zu Verhandlungen einladen wird. Übrigens ist es Gleichauf sehr wohl bekannt, daß die Unternehmer niemand anders zu den Verhandlungen zugelassen haben als Vertreter aus den beteiligten Betrieben (Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes) und unseren Kollegen Reichel. Sie fürchteten, daß die Zuziehung von Vertretern anderer Organisationen zur Weiterung verurteile, ohne daß ein anderes Resultat erreicht werde. Wahrscheinlich erinnerten sie sich dabei auch der Äußerung des Herrn Dr. Mend, daß die christlichen Gewerkschaften und die

Girch-Dunderfchen Gewerksvereine wegen ihrer Unbedeutendheit nicht in Betracht zu ziehen seien.

Wenn die Krone wird aber in Nr. 28 des Regulator aufgeführt. Zuerst werden dort schon ganz falsche Zahlen über die Abkündigung zur Wiederaufnahme der Arbeit angegeben.

Dieses Resultat nach wochenlangem Streik und der Aussperrung von circa 20000 Berufscollegen nennt der Vorwärts einen großen Erfolg; wie bescheiden sind doch die Klassenkämpfer geworden.

In diesem Tone schreibt der Regulator, dieses sich Arbeiterblatt schimpfend Papier, über den Abschluß des so bedeutenden Kampfes in Bayern! Allerdings: so was steht in einem Organ, dessen Gewerksverein in 85 Jahren nichts, absolut gar nichts für die Verbesserung der Lage der Arbeiter geleistet hat.

Doch wir wollen auch die Stellen aus dem Vorwärts hersehen, die der Regulator in seinen unqualifizierbaren schnobdrigen Bemerkungen erwähnt.

... Haben die Arbeiter auch nicht einen vollen Sieg errungen, so haben sie auch keine Ursache, sich ihres Erfolges zu schämen. Durch diese Vereinbarungen wurde die Arbeitszeit in Nürnberg und Augsburg um wöchentlich zwei bis drei Stunden verkürzt.

Den größten Erfolg in diesem gewaltigen Kampf erblickt der Vorwärts aber in der Zurückziehung des Schandreferates. Dieser Erfolg allein schon wiege alle andern Zugeständnisse auf.

„Greulicherweise haben die Arbeitgeber und Arbeiter der bayerischen Metallindustrie sich so weit geeinigt, daß die Aussperrung als beendet betrachtet werden kann.“

Die Soziale Praxis bemerkt in Nr. 41 vom 13. Juli nach der Wiedergabe der „Vereinbarungen“: „Zunehmend ist die Verständigung durch eine Kommission von Fall zu Fall bereits ein erheblicher Schritt vorwärts zur paritätischen Regelung des Arbeitsvertrags.“

So beurteilen bürgerliche Blätter das Resultat des Kampfes. Daß man aber selbst in den Kreisen der Gewerksvereine anders darüber denkt wie die offiziellen Stellen des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, dafür ist Beweis ein Bericht im Regulator über eine Versammlung des Gewerksvereins der Maschinenbauer in Köln-Denz vom 9. Juli.

Daß man aber selbst in den Kreisen der Gewerksvereine anders darüber denkt wie die offiziellen Stellen des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, dafür ist Beweis ein Bericht im Regulator über eine Versammlung des Gewerksvereins der Maschinenbauer in Köln-Denz vom 9. Juli.

Daß man aber selbst in den Kreisen der Gewerksvereine anders darüber denkt wie die offiziellen Stellen des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, dafür ist Beweis ein Bericht im Regulator über eine Versammlung des Gewerksvereins der Maschinenbauer in Köln-Denz vom 9. Juli.

Die Organisationsverhältnisse in der schwedischen Metallindustrie.

In Nr. 6 der Metallarbeiter-Zeitung haben wir den gegenwärtigen Stand der schwedischen Eisen- und Metallindustrie, wie er sich im Lichte der amtlichen Statistik ausnimmt, kurz skizziert.

von ganz besonderem Interesse. Das Kapitel „Vereinswesen“ in dem offiziellen Bericht beginnt zunächst mit einer Darstellung der rein gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer, um sodann im weiteren auf bestehende Unterstützungsvereine (Kranken-, Sterbekassen etc.) überzugehen.

Es wird sodann geschildert, wie schon Ende der 1860er Jahre der Versuch gemacht wurde, eine Organisation der Former ins Leben zu rufen. Eine Konferenz von Vertretern der verschiedenen Orte des Landes fand in Stockholm statt, verließ jedoch resultatlos.

Inzwischen hatten die Eisen- und Metallarbeiter in Malmö und Stockholm begonnen (1884), sich in lokalen Fachvereinen zu organisieren. Später entstanden dann auch in Geste, Lund, Ystad u. s. w. ähnliche Organisationen.

Im Jahre 1901 (das Jahr der offiziellen Erhebung) war die Zahl der Filialen des Verbandes auf 108 und die Mitgliederzahl auf 14661 gestiegen. Von den Filialen waren 74 mit 12933 Mitgliedern in den Städten und 34 Filialen mit 1718 Mitgliedern auf dem Lande.

Eine besondere Tendenz der Spezialisierung wäre noch zu erwähnen. In der Regel organisierten sich die verschiedenen Berufsspezialitäten gemeinsam. Allein in den größeren Zentren der Industrie separierte man die verschiedenen Spezialitäten.

Das nun das Programm des Verbandes betrifft, so ist es in den Grundzügen dasselbe, das die Metallarbeiterbewegung auch in Deutschland sich gestellt hat. Hier in einem Punkte gehen die schwedischen Genossen etwas weiter, indem sie erklären: „... in Verbindung mit der Arbeiterpartei (Sozialdemokratie) für eine durchgreifende Arbeiterschutzgesetzgebung, Minimallohn und Maximalarbeitszeit zu wirken.“

Die Beitragsleistung der Mitglieder ist im Laufe der Jahre einer ständigen Steigerung unterworfen gewesen. Man begann mit 5 Ore pro Monat und war 1903 auf 30 Ore pro Woche gekommen, womit die Leistungen des Verbandes natürlich auch dementsprechend gestiegen sind.

Wir wissen für heute darauf verzichten, das Lohnprogramm des Verbandes wiederzugeben, das 1897 beschloß wurde und das als Richtschnur bei den Lohnbewegungen genommen wird.

Es bleibt nun noch die Unternehmerrorganisation zu skizzieren, die in den letzten Jahren wiederholt von sich reden machte. 1896 wurde der „Schwedische Werkstättenverein“ gegründet, ohne jedoch besondere Fortschritte zu machen.

Es bleibt nun noch die Unternehmerrorganisation zu skizzieren, die in den letzten Jahren wiederholt von sich reden machte. 1896 wurde der „Schwedische Werkstättenverein“ gegründet, ohne jedoch besondere Fortschritte zu machen.

oder richtiger zur Verhinderung einer „Verspülung“ der Wahlrechtsfrage durch den Reichstag im Jahre 1902, benutzten einige Schachsmacher diese Gelegenheit, um gegen die Arbeiter mobil zu machen. So kam der Werkstättenverein in schachmachersches Fahrwasser, erhielt neuen Wind in die Segel und er versuchte schon 1903 eine Generalprobe seines Könnens.

Im großen und ganzen sind also die Organisationen der Arbeiter und die der Unternehmer ziemlich bedeutend, und es wird nicht lange mehr dauern, bis in Schweden diese Organisationen der Eisen- und Metallindustrie ziemlich zu 100 Prozent organisiert dastehen werden.

Die Krankenversicherung in Deutschland im Jahre 1903.

Der Hauptmangel, an dem die Krankenversicherung leidet, ist bekanntlich die starke Dezentralisation der Kassen. Die vielerlei geschildert zugelassenen Kassenarten und die in vielen Orten noch herrschende Kleinigkeitsträmerei sind der Zentralisation der Kassen und damit einer zeitgemäßen, großzügigen Krankenversicherungspolitik äußerst hinderlich.

Nach den Veröffentlichungen in den Vierteljahrsheften des Kaiserlichen Statistischen Amtes, die neben den Ziffern für 1903 eine Vergleichung mit den fünf Vorjahren gestatten, ergibt sich bezüglich der Zahl der verschiedenen Kassen, der Mitgliederverhältnisse und des Vermögensstandes folgendes Bild:

Table with 4 columns: Kassenarten, Zahl der Kassen überhaupt, Mitgliederzahl im Durchschnitt des Jahres, Vermögen in M. Rows include Gemeindefrankenversicherung, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, Eingetragene Hilfskassen, Landesrechtliche, and a total for 1903 and 1902.

Bei den Knappschaftskassen, für die ein spezialisierter Nachweis überhaupt nicht gegeben wird, waren außerdem noch 690686 Personen versichert. Die Zahl der Kassen ist gegen das Vorjahr um 57 gestiegen, die durchschnittliche Mitgliederzahl hat eine Zunahme von 366231 Personen erfahren (von 1901 auf 1902 betrug die Zunahme rund 216000).

Die Zahl der mit Gewerkschaften verbundenen Erkrankungsfälle und die Zahl der Krankheitsstage, wobei nur Krankengeld- und Krankenanstaltstage gerechnet sind, betrug bei den verschiedenen Kassen:

Table with 4 columns: Kassenarten, Erkrankungsfälle überhaupt, auf ein Mitglied, Krankheitsstage überhaupt, auf ein Mitglied. Rows include Gemeindefrankenversicherung, Ortskrankenkassen, Betriebskrankenkassen, Baukrankenkassen, Innungskrankenkassen, Eingetragene Hilfskassen, Landesrechtliche, and a total for 1903 and 1902.

Die Zahl der Erkrankungsfälle und Krankheitsstage ist gegen das Vorjahr gestiegen, bei den Erkrankungsfällen resultiert die Zunahme wohl hauptsächlich aus dem Mehr von Mitgliedern; die Zahl der Krankheitsstage ist wesentlich höher als im Vorjahr.

Die ordentlichen Einnahmen sämtlicher Kassen, die sich aus Eintrittsgeldern, Beiträgen, Zinsen, Zuschüssen, Ersparleistungen u. s. w. zusammensetzen, betragen im Jahre 1903: 206 730 399 M. (Vorjahr 193 417 667 M.), darunter an Eintrittsgeldern und Beiträgen 193 541 940 M. (Vorjahr 180 782 378 M.).

Table with 3 columns: Kassenarten, Kosten insgesamt in M., Kosten pro Mitglied in M. Rows include Gemeindefrankenversicherung, Ortskassen, Betriebskassen, Baukassen, Innungskassen, Eingetragene Hilfskassen, Landesrechtliche, and a total for 1903 and 1902.

auf ein Mitglied im Durchschnitt bei den Ortskassen 1,79 Mk., bei den Betriebskassen 0,18 Mk., Baukassen 2,11 Mk., eingeschriebene Hilfskassen 2,14 Mk., landesrechtliche Hilfskassen 1,89 Mk. In der Gemeindekrankenversicherung werden die Verwaltungskosten ganz von den Gemeinden und bei den Betriebs- und Baukassen fast ganz von den Unternehmern getragen; bei allen Kassen stellen sich die Verwaltungskosten durchschnittlich auf 1,16 Mk. pro Mitglied (Vorjahr: 1,11 Mk.).

Eine Zusammenstellung der letzten fünf Jahre über die Leistungen und Verwaltungskosten in sämtlichen Kassen, ungerichtet auf ein Mitglied gibt folgendes Bild:

Table with 4 columns: Jahr, Krankheitsfälle, Krankheitsstage, Verwaltungskosten. Rows for years 1899-1903.

Aus den Ziffern ist ersichtlich, daß das Jahr 1903 bezüglich der Krankheitsstage, Krankheitskosten und Verwaltungskosten alle seine Vorgänger übertrifft. In den Ziffern spiegeln sich wohl zu einem kleinen Teil die erhöhten Leistungen der Krankenversicherung auf Grund der Abänderung des Gesetzes vom 25. März 1903. Dieses Gesetz war ja bekanntlich das bescheidene Ergebnis umfangreicher, auf eingehende und gründliche Reform der Krankenversicherungs-gesetze abzielender Pläne und öffentlicher Erörterungen.

Obwohl das Krankenversicherungsgesetz das erste der drei Arbeiterversicherungsgesetze war (das Grundgesetz besteht seit 15. Juni 1883), steht es doch bis heute, was seinen organischen Aufbau anbelangt, weit hinter den andern Arbeiterversicherungsgesetzen zurück. Zu einer eingehenden, gründlichen Reform und zur Durchführung des allgemeinen Versicherungszwanges hat man sich bis jetzt an leitender Stelle nicht verstehen können. Wenn hier eine Änderung zum Besseren eintritt, bleibt eine offene Frage.

Reform der Arbeiterversicherung in Österreich.

Die österreichische Regierung beabsichtigt die Arbeiterversicherung einheitlicher zu gestalten. Sie hat der Volksobervertretung eine umfangreiche und paragrafenreiche Denkschrift übermittelt. Die Krankenversicherung soll auf alle Arbeiter, Angestellte und Dienstboten ausgedehnt werden. Von der Versicherungspflicht sollen aber ausgenommen Personen, die mehr als 2400 Kronen Jahresgehalt oder weniger als drei Tage pro Woche beschäftigt werden. Auch die landwirtschaftlichen Arbeiter, Erntearbeiter, Holzfäller etc. sollen mit Rücksicht auf die „notleidenden“ Gunst nicht verpflichtet werden. Der Erfolg wird sein, daß die Zahl der Versicherten statt 2 1/2 Millionen künftig circa fünf Millionen umfassen wird. Eigentümlich ist es, daß man zwei Arten von Versicherern schaffen will, Vollversicherer und Teilversicherer. Vollversicherte sollen im Krankheitsfall ärztliche Hilfe, Nebentafeln und Krankengeld erhalten, die Teilversicherten aber, die keinen Barlohn beziehen, sollen auch kein Krankengeld erhalten. Von was diese Leute im Krankheitsfall leben sollen, wird nicht ver-raten. Die Unterführungsbeamten soll künftig ein Jahr beitragen. Man will sechs Lohnklassen einrichten:

Table with 2 columns: Klasse, Krankengeld. Rows 1-6 showing wage brackets and corresponding sick pay amounts.

Obligatorische Spitalkasse kennt man auch nicht in Österreich und sollen die Krankenkassen nun dazu befugt sein, diese zu gewähren. Den Forderungen der Ärzte, die wie auch in Deutschland gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl wünschen, hat man keine Rechnung getragen. Den Krankenkassen steht es vernünftigerweise frei, dieses oder jenes Arztbüreau zu wählen. Bemerkenswert ist, daß für gewisse Teile des Reiches Vorschriften über die Höhe der Arzthonorare, Minimal- und Maximaltarife vom Ministerium erlassen werden sollen. Man will erst Kassen und Ärzte „anhören“. Unser deutscher Regierungsrat Dr. Hoffmann wird aber seine helle Freude an dem Vorschlag der Österreicher haben, daß die Beitragzahlung zur Krankenkasse halbiert wird und deshalb Unternehmer und Versicherte nach der Beitragzahlung auch je die Hälfte der Vorstandsmitglieder und Generalversammlungvertreter entlassen sollen. Der leitende Beamte, also Direktor der Kasse, soll von der Invalidenversicherungsanstalt ernannt werden, also von dem Kassenvorstand selbst sich nichts zu sagen lassen brauchen. Auch die anderen Beamten darf die Kasse wohl befragen, jedoch darf sie bloß solche Personen nehmen, die von der Behörde, der Bezirkshauptmannschaft, „in Eid und Pflicht“ genommen werden. Da nun die Behörde im Einzelfall die Vereidigung ablehnen kann, so werden die Vorstandsmitglieder also sehr wenig von einem Selbstverwaltungsrecht der Kasse wahrnehmen. Die Behörde „macht“ eben alles. Die Kassen haben auch die Invaliden- und Unfallversicherung zu befragen. Unschwerlich wird auch das Kassensbild bleiben, da man alle Kassensarten beibehalten will, mit Ausnahme der Baukrankenkassen. Aufgehebt sollen auch solche Betriebe- und Vereinskassen werden, die weniger als 500 Mitglieder zählen, der Mitgliederbestand einer Bezirks-(Orts-)Krankenkasse hat mindestens 1000 zu betragen.

Invaliden- und Altersversorgung. In Deutschland ist die Zahl der gegen Invalidität Versicherten größer als die gegen Krankheit Versicherten, in Österreich will man dies künftig umgekehrt machen. Man will alle Personen von der Versicherungspflicht ausschließen, die nach bestehenden Gesetzen versichert sind, wie Privatbeamte etc., oder die Anspruch auf Pension vom Staate, der Gemeinde etc. haben. Ferner sollen nicht gegen Invalidität versichert sein Personen, die keinen Barlohn erhalten, sowie jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren und Arbeiter, die das 60. Lebensjahr bereits überschritten haben. Wer Anspruch auf Invalidenrente erheben will, muß 200 Beitragswochen nachweisen (wie bei uns), während die Wartezeit für den Bezug der Altersrente 1200 Beitragswochen beträgt. Die Invalidität wird anerkannt, wenn der Kranke von der Krankenkasse ausgeweuert ist, also ein Jahr Krankengeld bezogen und nicht mehr imstande ist, noch ein Drittel dessen zu erwerben, was gesunde Personen seines Berufs etc. verdienen etc. Dies sind „deutsche Grundzüge“. Dagegen will man in Österreich bezüglich der Altersrente ein großes Stück weitergehen und die Rente den Versicherten gewähren, die das 65. Lebensjahr zurückgelegt und die Wartezeit erfüllt haben. Bei uns in Deutschland hält man kramphast an dem 70. Lebensjahr fest und wundern sich dann noch, daß die Zahl der Altersrentner so gering ist und auch noch von Jahr zu Jahr zurückgeht.

Beiträge und Lohnklassen sind nach dem Regierungsvorschlag vernünftigerweise dem System der Krankenkassen angepaßt, während bei uns in Deutschland die Invalidenversicherung fünf Lohnklassen hat, die Krankenkassen dagegen sogar neun bis zehn Lohnklassen eingeführt haben. Die Beiträge und die gesetzlichen Grundbeträge sollen sich wie folgt belaufen:

Table with 2 columns: Lohnklasse, Beitrag. Rows 1-6 showing wage brackets and corresponding contribution amounts.

Die Steigerung der Invalidenrente soll zwei Zehntel der geleisteten Beiträge betragen, die der Altersrente im Verhältnis zur Invalidenrente. Es kann auch an Stelle der Rente dem Invaliden etc. freie Verpflegung in einem Versorgungshaus, Heim etc. gewährt werden. Das Wörtchen „kann“ haben wir auch im deutschen Gesetz, dem die Österreicher leider zu viel abgeschrieben haben, doch lehrt die Praxis,

daß von den reichen Versicherungsanstalten davon wenig Gebrauch gemacht wird. Der Staat will zu jeder Rente pro Jahr 90 Kronen besteuern. Die Beiträge sollen auch je zur Hälfte von den Unternehmern und Versicherten getragen werden. Statt der von den Versicherten längst geforderten Witwen- und Waisenersorgung, die man bei uns in Deutschland bekanntlich aus den Erträgen des Wuchergolles decken will, soll in Österreich eine sogenannte „Versicherung von Kapitalbeträgen“ zugunsten der Hinterbliebenen eingeführt werden. Es sollen nach den Vorschlägen die Witwen und deren Kinder Beträge von 120 bis 800 Kronen je nach der Lohnklasse erhalten. Was nützt eine einmalige Abfindung in dieser Höhe? Der Ernährer fehlt und das Geld ist bald verbraucht!

An der Spitze der geplanten Invalidenversicherung steht die Versicherungsanstalt, die ihren Sitz in Wien haben soll. Den Versicherten steht gar kein Einfluß auf die Verwaltung der Anstalt zu, sie haben nur zu zahlen!

Unfallversicherung. Man will nach den Vorschlägen auch die Bergarbeiter, Industriearbeiter und Bauarbeiter, die in ständigen Betrieben beschäftigt sind, in den Kreis der Unfallversicherung einbeziehen. Dagegen sollen die im Kleingewerbe beschäftigten Arbeiter nicht versichert sein, gerade als ob da gar keine Unfallgefahr bestände. Für die „notleidende“ Landwirtschaft hat man eine separate, extra billige Versicherung im Auge. Die Beiträge für die Unfallversicherung sollen die Unternehmer auch „allein aufbringen“. Die seitherige territoriale Abgrenzung der Versicherung will man beibehalten. Gefahrenklassen für die einzelnen Betriebe will man auch zulassen.

Daß alle drei Gesetze mehr in Zusammenhang stehen sollen als bei uns in Deutschland, ergibt sich schon daraus, daß den Verletzten bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit der dreihundertfachen Betrag des täglichen Krankengeldes als Rente gewährt werden soll. Bei uns in Deutschland ist der Jahresverdienst des Versicherten oder dessen Nebenkollegen für die Berechnung der Rente maßgebend. Teilrenten kennt man auch, je nach dem Grade der erlittenen Erwerbsbeschränkung. Doch scheint nach dem Vorschlag der Regierung die Rente von 10 bis 15 Prozent für kleinere Verletzungen nicht laufend bezahlt zu werden, da man nur Teilrenten bis zu 20 Prozent herab anführte. Leichtverletzte, die weniger als 20 Prozent erwerbsbeschränkt sind, sollen eben „abgefunden“ werden. Es wäre dies eine sehr bedenkliche Bestimmung, da die Erfahrung in Deutschland lehrt, daß mit den Abfindungen gerade die Unfall-Versicherungsgesellschaften das beste Geschäft machen. Es klingt wohl harmlos, kann aber in der Praxis für die Versicherten sehr gefährlich werden. Ist der Verletzte „völlig hilflos“ geworden, so will man die Rente um die Hälfte der Vollrente erhöhen. Es ist dies der Wortlaut im deutschen Gesetz und macht man auch da die größten Schwierigkeiten bei dem Nachweise der Hilflosigkeit, ob der Verletzte wirklich fremde Pflege und Wartung nötig habe?

Dagegen ist im österreichischen Vorschlag auch eine vernünftige Neuerung enthalten, die Berufungsschrift auf ein Jahr auszubehnen. Streitigkeiten über die Rente sollen auch an Schiedsgerichten, die für jedes Kronland jedoch neu eröffnet werden sollen, entschieden werden. Zu den Beisitzern will man gänzlich auch einen Arbeitervertreter zugehen. Refuse gegen diese Entscheidungen finden bei dem Obergericht ihre Erledigung. Es scheint aber, als ob für dieses „Rechtsversicherungsamt“ gar kein Arbeiter als Richter zugelassen sei, da die „Mitglieder des Obergerichtes“ richterliche und administrative Staatsbeamte sein sollen, die vom Kaiser ernannt werden! Ehe diese Vorschläge alle dem Parlament als Vorlage zur Beschlußfassung zugehen sollen, will man erst den „Industrierrat“, den „Arbeitsrat“ etc. gütlich darüber hören. Wenn diese Vorschläge Gesetz werden, kann man in Österreich wohl nicht voraussehen und werden die organisierten Arbeiter viel Mühe und Arbeit haben, bis doch etwas Richtiges zustande kommen wird.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1904.

Das Institut der Arbeitersekretariate ist noch verhältnismäßig jung; das älteste Sekretariat, das in Nürnberg, welches für alle späteren derartigen Gründungen als Muster anerkannt wurde, ist erst im Jahre 1894 errichtet worden. Vorher bestand wohl schon seit dem Jahre 1883 eine ähnliche Einrichtung in Berlin als Rechts-anstaltsstelle der Berliner Gewerkschaftskommission, doch hatte dieselbe im Reich wenig Beachtung gefunden. Im Jahre 1887 erfolgte die Gründung des Arbeitersekretariats in Stuttgart, in den folgenden Jahren vermehrten sich die Arbeitersekretariate immer stärker, so daß bis zum Schlusse des Jahres 1904 ihre Zahl auf 50 angewachsen ist. Seit dem Jahre 1901 gibt die Generalkommission eine Statistik der Arbeitersekretariate heraus und ist die vierte derartige Statistik in Nr. 22 des Korrespondenzblattes veröffentlicht.

Der Zweck der Arbeitersekretariate ist in erster Linie die Auskunftserteilung, hauptsächlich in Rechtsfragen, und die Anfertigung der notwendigen Schriftsätze. Ein großer Teil der Arbeitersekretäre vertritt auch die Rechtsuchenden vor Gericht und beschäftigt sich daneben noch mit statistischen Arbeiten. Dabei hat sich gezeigt, daß die Errichtung von Arbeitersekretariaten vielfach einem wirklichen Bedürfnis entsprungen ist, ist doch die Zahl der Rechtsuchenden im Jahre 1904 auf 226 290 angewachsen, darunter 8635 selbständige Gewerbetreibende. Die Mehrzahl der Sekretariate erteilt Auskunft an jedermann, dagegen wird von 16 Sekretariaten nur an organisierte oder nichtorganisationsfähige Personen Auskunft erteilt. Wenn man erwägt, daß die Sekretariate in der Hauptsache aus den Beiträgen der organisierten Arbeiter erhalten werden, dann wird man der Verneinerung der Auskunft an Unorganisierte die Berechtigung nicht verjagen können. Überall wird sich aber dieser Grundsatz nicht durchführen lassen, denn in einigen Orten dienen die Arbeitersekretariate neben ihrer eigentlichen Aufgabe noch dem Zwecke, Mitglieder für die gewerkschaftlichen Organisationen zu werben. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß überall dort, wo der letztere Zweck besonders in Betracht kommt, die Auskunft an jedermann ohne Rücksicht auf die Organisationszugehörigkeit erteilt wird. So wird im Sekretariat in Katowitz, das wesentlich dazu dienen soll, die gewerkschaftliche Organisation zu fördern, nur an Organisierte oder Nichtorganisationsfähige Auskunft erteilt, weil sich gezeigt hat, daß es nicht genügt, beim Rechtsuchenden die Verpflichtung aufzuerlegen, sich der Organisation anzuschließen. Es dürfte wenig Industriearbeiter in Oberschlesien geben, die nicht Kenntnis von dem Vorhandensein der Organisation haben und es liegt kein Grund vor, Leute, die keine Neigung zeigen, sich zu organisieren, die Vorteile aus den Einrichtungen der Organisation genießen zu lassen.

Von den erteilten Auskünften entfallen auf Angelegenheiten der Krankenversicherung 12 273, Unfallversicherung 40 741, Invalidenversicherung 12 748, auf Arbeitsverhältnisse 25 578, Lehrlingswesen 2 210, Gefindevhältnisse 5 697, Arbeiterzufuhrfragen 4 112, auf Forderungen 13 451, Ehe-, Vormundschafts- und Alimentenfragen 14 128, Erbrechtsfragen 6 487, Wohnungsangelegenheiten 13 863, Haftpflicht- und Zivilprozessen 9 075, Pfändung, Lohnbeschlagnahme u. f. w. 9 006, auf Strafsachen 15 526, auf Fragen der Arbeiterbewegung 3 353, auf Steuerfragen 6 793, Gemeinde-, Staatsbürger- und Wahlangelegenheiten 6 998, Armen- und Schulwesen 3 822, Militärangelegenheiten 1 910, ferner auf Gewerbewesen und Privatversicherung 5 518, auf Sonstiges 10 253 Auskünfte. Es ist also ein sehr vielfältiges Gebiet, das die Arbeitersekretariate zu bearbeiten haben. Verhältnismäßig am häufigsten werden die Sekretariate durch die Auskünfte auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in Anspruch genommen, und hier sind es besonders die Unfallsachen, die bedeutende Arbeit verursachen. Auf diese Sachen beziehen sich auch die meisten der angefertigten Schriftsätze. Es ist bekannt, daß die unallverletzten Arbeiter fast regelmäßig einen hartnäckigen Kampf um die Rente führen müssen; die meisten von ihnen ständen den mit allen Wassern gewaschenen Beamten der Berufsvereinigungen hilflos gegenüber, wenn ihnen nicht in der Person des Arbeitersekretärs ein sachkundiger und energischer Berater zur Seite stünde.

Die Arbeitersekretariate sind in ihrer Mehrzahl Gründungen der örtlichen Gewerkschaftskartelle, in 22 Fällen werden sie auch direkt von den Gewerkschaftskartellen verwaltet, während in 24 Orten für die Verwaltung der Sekretariate eine besondere Kommission gebildet

ist. Das Sekretariat in Oberhausen ist vom Bergarbeiter-Verband errichtet und untersteht der Kontrolle des Verbandsvorstandes. Das Sekretariat in Jena wird von dem Verlag des Jenaer Volksblattes erhalten und untersteht der Kontrolle des Gewerkschaftskartells.

Die Kosten der Arbeitersekretariate werden in der Hauptsache durch die Beiträge der örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften aufgebracht, und zwar wird in den meisten Fällen ein auf den Kopf des Mitglieds berechneter Beitrag speziell für diesen Zweck erhoben. Die Höhe dieses Beitrags wird wesentlich beeinflusst durch die Zahl der Mitglieder der angeschlossenen Gewerkschaften, er schwankt zwischen 10 Pf. pro Mitglied und Jahr in Berlin und 2,80 Mk. in Göttingen.

Aus Arbeiterunternehmungen erhalten 11 Sekretariate bestimmte Zuwendungen. Nur ein Sekretariat, das in Göttingen, erhält vom Staate einen Zuschuß von 2000 Mk. jährlich. Zwei Sekretariate erhalten ihre Ausgaben aus der Kasse der Generalkommission vollständig gedeckt und eines erhält aus dieser Kasse und der des Metallarbeiter-Verbandes Zuschüsse. Die Gesamteinnahmen der 36 Sekretariate, die eine besondere Kasse führen, betragen im letzten Jahre 184 522 Mk. Davon kamen aus Beiträgen der Mitglieder 151 788 Mk., aus Arbeiterunternehmungen 14 139 Mk., aus der Kasse des Staates 2000 Mk. Die sonstigen Einnahmen betragen 12 781 Mk. und 3 890 Mk. wurden als Entschädigung für die Auskunfterteilung von Interessenten gezahlt. Im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen ist also der letztere Betrag verschwindend klein.

Die Ausgaben betragen bei Sekretariaten, die eine laufende Kasse führen, und dem Mannheimer Sekretariat, dessen Ausgaben aus der Kartellkasse gedeckt werden, 156 026 Mk. An Gehälter und Entschädigungen wurden 98 026 Mk., für Büromiete 12 030 Mk., für Beleuchtung, Heizung und Reinigung 6 228 Mk., für Bücher und Druckfachen 16 399 Mk. verausgabt.

Die Erfolge der Arbeitersekretariate in den von ihnen vertretenen Klagen lassen sich ziffernmäßig schwer feststellen, da die Rechtsuchenden vielfach unterlassen, das Sekretariat über den Ausgang des Streitfalls zu unterrichten, aus Grund der gemachten Angaben wurden folgende Feststellungen gemacht, die aber auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben: Von 31 Sekretariaten konnte für insgesamt 1841 Fälle ein günstiger Ausgang registriert werden. Davon betrafen 959 Fälle Unfallsachen, 144 Fälle Invalidensachen, 454 Fälle Rechtsverhältnisse vor den Gewerbegerichten, 7 Fälle Knappschäftsachen und 82 Fälle Angelegenheiten in Zuständigkeit der Gewerbeaufsicht. Es ist anzunehmen, daß der Erfolg für die Arbeiter in Wirklichkeit ein weit günstiger ist, und es wäre lebhaft zu wünschen, daß die Arbeiter den Sekretariaten vom dem Ausgang der Streitigkeiten, in denen diese ihnen Rechtshilfe gewährten, regelmäßig Mitteilung machen.

Der kurze Auszug, den wir vorstehend aus der interessanteren Statistik der Arbeitersekretariate gegeben haben, zeigt, welche wertvollen Arbeiten diese Institute im Interesse der Arbeiterschaft leisten. Indem die Gewerkschaften Sekretariate gründen und unterstützen, erweisen sie sich selbst den besten Dienst, denn schon die Errichtung eines Arbeitersekretariats allein ist ein Mittel der Propaganda für die Organisationen, abgesehen von der direkten Agitationsfähigkeit, welche die Sekretariate entfalten. Der Reich hat verschiedentlich veranlaßt, daß Konkurrenzinstitute von christlichen und kirchlich-dunderschen Gewerkschaften errichtet wurden; auch mehrere Stadgemeinden haben sogenannte Auskunftsvereine errichtet, um den von der organisierten Arbeiterschaft unterhaltenen Arbeitersekretariaten das Wasser abzugraben. Diese Konkurrenz hat jedoch noch kein Sekretariat benötigt, seine Tätigkeit einzustellen; im Gegenteil, die Zahl der Arbeitersekretariate vermehrt sich von Jahr zu Jahr, und ebenso nimmt auch die Zahl der Rechtsuchenden ständig zu.

Aus der christlichen Arbeiterbewegung.

Aber die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1904 veröffentlichte das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vor einiger Zeit einen Artikel, aus dem nachstehend das bemerkenswerteste hervorgehoben sei.

Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften wird im Durchschnitt des Jahres 1904 auf 207 484 angegeben, gegen 192 607 im Jahresdurchschnitt 1903. Das bedeutet eine Vermehrung der Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 14 877. Dies Ergebnis ist ein ungemein mageres. Es legt für die Werbekraft der christlichen Gewerkschaften das denkbar schlechteste Zeugnis ab, daß es trotz aller angewandten Mühe, trotz starker Vermehrung des Stabes der besoldeten Agitatoren und Verbandsfunktionäre, trotz aller Prozektion nur gelang, den durchschnittlichen Mitgliederbestand um ganze 14 877 zu heben. Das hat man im christlichen Lager natürlich auch empfinden und um dieses Mißrats, über das man so leicht wie möglich hinwegzuschlüpfen sucht, zu verdecken, hebt man um so bombastischer hervor, daß sich bis zum 1. April 1905 die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften auf 274 880 erhöht habe, was gegen das Vorjahr eine Zunahme der Mitglieder um rund 70 000 bedeute.

Bei diesen Zahlen ist nun vor allem zu beachten, daß darin auch die Verbände entfallen sind, die sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften nicht angeschlossen, ja sich zum Teil auf das entschiedenste dagegen verweigert haben, den christlichen Gewerkschaften zuzurechnen zu werden.

Die Mitgliederzahl der dem Gesamtverband ange-schlossenen christlichen Gewerkschaften wird im Durchschnitt des Jahres 1904 auf 107 566 angegeben, gegen 91 440 im Vorjahr. Das Ergebnis wäre also eine Zunahme um 16 126 oder 18,1 Prozent. Damit läßt sich auch kein Staat machen. Aber am 1. April 1905, so heißt es bombastisch in dem Artikel des Zentralblattes, zählten die dem Gesamtverband angeschlossenen Verbände 195 401 Mitglieder, das bedeutet gegen den Durchschnitt des Vorjahres eine Zunahme um 95 948 Mitglieder gleich 49,2 Prozent. Von dieser angeblichen Zunahme entfällt der größte Teil auf den Gewerbeverein der Bergarbeiter. Und die Ursache dazu war der Bergarbeiterstreik.

Zunächst wird man aber wohl abwarten müssen, was von diesem angegebenen Bestand am 1. April 1905, nach einer Reinigung der Mitgliederlisten, übrig bleibt; nach den bisherigen Erfahrungen erfährt der pomphaft angekündigte Mitgliederbestand der christlichen Gewerkschaften nach solcher Reinigung immer einen gewaltigen Sturz. Dann ist aber weiter zu beachten, daß dieser behauptete Zuwachs keineswegs nur aus neugewonnenen Mitgliedern besteht, sondern daß dies Resultat zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß sich der über 17 000 Mitglieder zählende bayerische Eisenbahner-Verband dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Und was will schließlich, selbst die Zahlen als richtig angenommen, die Zahl in ihrer Totalität besagen? Die gesamten christlichen Gewerkschaften zählen zusammen noch nicht soviel Mitglieder als wie sie die stärkste der freien Gewerkschaften, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, aufzuweisen hat.

Die Zunahme der Mitgliederzahl verteilt sich nach dem Artikel des Zentralblattes auf die einzelnen Gewerkschaften in folgender Weise: Bergarbeiter 38 280, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 3 815, Metallarbeiter 10 386, Textilarbeiter 6 752, Hilfs- und Transportarbeiter 4 999, Holzarbeiter 3 200, Keramiker 1 698 u. f. w. Der Löwenanteil entfällt wieder auf Rheinland und Westfalen, wie ja auch der größte Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sich auf diese beiden Provinzen konzentriert. Dieser Umstand ist es aber wiederum, der es uns zur gebieterischen Pflicht macht, der Entwicklung der christlichen Gewerkschaften recht aufmerksam zu folgen, sie mehr zu beachten als wie es sonst, wenn sich ihre Mitglieder mehr über ganz Deutschland verstreuen würden, erforderlich wäre. Denn im 1904 400 Mitgliedern, die der Artikel als die am 1. April 1905 vorhandenen Gesamtmitgliederzahl der dem Gesamtverband angeschlossenen christlichen Gewerkschaften angibt, entfallen auf Rheinland und Westfalen rund 145 000 Mitglieder, die übrigen 50 400 Mitglieder des Gesamtverbandes verteilen sich auf das übrige Deutschland. Die Gesamtzahl der Mitglieder des christlichen Metallarbeiter-Verbandes wird in dem Artikel am 1. April 1905 auf 18 140 angegeben, die des Gewerbevereins der Bergarbeiter auf 80 080, der Textilarbeiter auf 24 182, der Bauhandwerker auf 19 287, der Holzarbeiter auf 8 600, der Hilfs- und Transportarbeiter auf

1888, der Heimarbeiterinnen auf 8148, der Labalar- und Zigarrenarbeiter auf 2898, der Schuh- und Lederarbeiter 2147, der Schneider- und Schneiderinnen auf 2044, der Ziegler auf 2000, der Keramiker auf 2787, der Maler und Anstreicher auf 1500. Die übrigen der angeführten Verbände bleiben mit ihrer Mitgliederzahl unter 1000 und gehen bis auf 437 herab. Die Zunahme der Mitgliederzahl des christlichen Metallarbeiter-Verbandes resultiert zum Teil daraus, daß sich die Lokalorganisation der Blei-, Zinn- und gemischten Arbeiter in Solberg mit ihren 800 Mitgliedern, die Lokalorganisation der Metallarbeiter in Gmünd, und die der Schwarzwalder Uhren-Industriearbeiter ihm angeschlossen.

Die dem Gesamtverband angeschlossenen christlichen Gewerkschaften hatten im Jahre 1904 eine Gesamteinnahme von 894.617,15 Mk., und eine Gesamtausgabe von 159.258 Mk. zu verzeichnen, gegen 678.252,09 Mk. beziehungsweise 552.448,94 Mk. im Vorjahr. Der Kassenbestand per 1904 wird mit 690.873,84 Mk. angegeben. Von den Ausgaben entfallen unter anderem auf: Verbandsorgane 111.995 Mk., Streit- und Gemäßregelungenunterstützung 193.382 Mk., Rechtshilfe 16.974 Mk., Sterbegeld 49.679 Mk., sonstige Unterhaltungen 9200 Mk., Agitation 61.547 Mk., Verwaltung 55.036 Mk., Bibliothek 8727 Mk. Auffallend ist, daß für die Verwaltung fast die gleiche Summe, wie für Agitation, und weit über ein Drittel der Summe, die für Streit- und Gemäßregelungenunterstützung verausgabt ist, verbraucht wurde.

Interessant ist eine Tabelle über die Beitragserhöhungen, zu denen sich die christlichen Gewerkschaften, die durchweg mit niedrigeren Beitragssätzen gegründet wurden, im Laufe der Zeit gezwungen sahen. Mit dieser Erhöhung der Beiträge, mit denen Hand in Hand ging die Anstellung von besoldeten Agitatoren und Verwaltungsbeamten, waren die christlichen Gewerkschaften gezwungen, eines ihrer beliebtesten Argumente gegen die freien Gewerkschaften als absolut unbrauchbar geworden zum alten Eisen zu werfen, nämlich das bekannte Wort von den „von Arbeitergroßen sich mächtenden Agitatoren“, um berentwillen die hohen Beiträge von den freien Gewerkschaften gegahlt werden müßten. Es wirkte recht belustigend zu sehen, wie die christlichen Gewerkschaftsblätter sich gezwungen sahen, gegen dieses von ihnen selbst einst so ausgiebig gebrauchte sinnlose Schlagwort zu Felde zu ziehen, weil die christlichen Gewerkschaften sich selbst immer mehr zur Anstellung besoldeter Beamten und Agitationsleiter gezwungen sahen, also „von Arbeitergroßen sich mächtende Agitatoren“, zu schreiben.

Die Tabelle führt Beitragserhöhungen folgender christlichen Gewerkschaften auf: Bergarbeiter, gegründet 1894 mit einem Beitrag von 25 Pf. pro Quartal; der Beitrag wurde erhöht: 1899 auf 20, 1900 auf 40, 1902 auf 50 Pf. monatlich und 1905 auf 40 Pf. wöchentlich. Textilarbeiter, gegründet 1901 mit einem Beitrag von 15 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1903 auf 20, dann auf 30 Pf. wöchentlich. Bauhandwerker, gegründet 1899 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: auf 10 bis 25, 1903 auf 25 bis 60, dann auf 25 bis 75 Pf. wöchentlich. Metallarbeiter, gegründet 1899 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1900 auf 20, 1903 auf 30, dann auf 35 Pf. wöchentlich. Holzarbeiter, gegründet 1899 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1900 auf 15, 1902 auf 20 und 1904 auf 30 Pf. wöchentlich. Güß- und Transportarbeiter, gegründet 1900 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1902 auf 15 und 1904 auf 20 Pf. wöchentlich. Heimarbeiterinnen, gegründet 1900 mit einem Beitrag von 20 Pf. monatlich; der Beitrag wurde erhöht: auf 30 Pf. monatlich. Labalarbeiter, gegründet 1899 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1903 auf 15, dann auf 20 Pf. wöchentlich. Schuhmacher, gegründet 1900 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1902 auf 15 und 1903 auf 20 Pf. wöchentlich. Schneider, gegründet 1890 mit einem Beitrag von 10 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1902 auf 20 und 1904 auf 25 Pf. wöchentlich. Ziegler, gegründet 1895 mit einem Beitrag von 60 Pf. jährlich; der Beitrag wurde erhöht: 1899 auf 1,20, 1904 auf 2,40 Mk. jährlich. Maler und Anstreicher, gegründet 1901 mit einem Beitrag von 20 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1902 auf 25, 1905 auf 30 und 1904 auf 35 Pf. wöchentlich. Keramiker, gegründet 1903 mit einem Beitrag von 15 Pf. wöchentlich; der Beitrag wurde erhöht: 1904 abgesetzt auf 15, 20 und 25 Pf. wöchentlich. Fleischer, gegründet 1900 mit einem Beitrag von 10 Pf. monatlich; der Beitrag wurde erhöht: 1903 auf 25 Pf. monatlich, 1904 auf 20 Pf. wöchentlich. Bäcker, gegründet 1902 mit einem Beitrag von 50 Pf. monatlich; der Beitrag wurde erhöht: 1902 auf 25 Pf. wöchentlich.

Christliche Gewerkschaftsblätter erscheinen 24 in einer Gesamtauflage von 812.000 Exemplaren; davon erscheinen 12 wöchentlich, 10 vierzehntägig und 2 monatlich. Dazu kommen dann noch das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften und Pryzjial Robotnikow für die polnischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.

Den Verfehlern der katholischen Fachabteilungen, mit denen die christlichen Gewerkschaften in ständiger und heftiger Fehde leben, macht der Artikel die Verbreitung konfessioneller Hege zum Vorwurf. „Die Agitationsmittel, die man sich von dieser Seite im allgemeinen bedient“, so heißt es dann weiter in dem Artikel, „zeugen von einer noch kaum zu überbietenden Abgeschmacktheit und Unaufrichtigkeit. Doch mit Verwunderung sind die Agitatoren der katholischen Fachabteilungen nicht zu bezeichnen, und so bleibt nichts anderes übrig als der offene Ruhrertrag. Im Sanrenvire hat derselbe bereits im letzten Jahre begonnen, stets an Schärfe zunehmend... Auf ähnliche Weise wird im Osten vorgegangen werden müssen.“

Daß die christlichen Gewerkschaften sich in ihrem Kampfe gegen die freien Gewerkschaften aber gleichfalls nicht zu überbietender Abgeschmacktheit und Unaufrichtigkeit bedienen, dafür liefert der Artikel selbst den treffendsten Beweis, indem er die unjüngliche Behauptung aufstellt, die freien Gewerkschaften hätten gleichfalls konfessionelle Bezüge, bezogen, um die evangelischen Arbeiter vom Eintritt in die christlichen Gewerkschaften abhalten und im Kreise sitzen zu können. Diese Behauptung ist zu absurd um eines Eingehens darauf zu bedürfen; es genügt, sie tiefer zu hängen. Selbstevident sei lediglich noch die die Abgeschmacktheit und die Unaufrichtigkeit der Kampfesweise der christlichen Gewerkschaften so recht kennzeichnende Tatsache, daß, als mehrfach darauf verwiesen wurde, die Verbands- und Beamtenstellen in den christlichen Gewerkschaften würden nur mit wahren Katholiken und ebenso wahren Zentrumsanhängern besetzt, sowohl vor christlichen Gewerkschaftsblättern sowie auch in der Zentrumspresse die Behauptung aufgestellt wurde, unter den evangelischen Arbeitern seien dazu befähigte Personen nicht anzufinden gewesen. Evangelische Schlaupuste, die sich zu Gewerkschaftsbeamten eignen, müssen noch erst gebildet werden, sagte jenseitig der jetzt mit Pension fast gestellte frühere Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergleute, August Straß; und das Zentrumsbüro, die Offener Volkzeitung, schrieb, man zöge dem Gewerkschaften einen evangelischen Bergmann, der in Wort und Schrift fähig ist, im Sinne der christlichen Bergleute tätig zu sein.

Weiter bemerkt sich dann der Artikel noch, und diese Tatsache darf nicht der Besessenheit anheimfallen, fünf Spalten hindurch der Regierung und den Scharwachern Material für eine neue Jagdgesellschaft zu schaffen. Die Art und Weise, wie die christlichen Gewerkschaftspresse in treuer Bundesgenossenschaft mit der Zentrumspresse und der Scharwacherpresse sich abmüht, Fälle von Terrorismus von freien Gewerkschaften, vorwärts gegen christliche Gewerkschaften, geradweg zu konstruieren, und zwar nicht selten indem nachgewiesenermaßen die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt werden, hat sich zu einem gewohnheitsmäßigen Aufzuge ausgewachsen. Diese als Tatsachen hingestellten Behauptungen sind zu einem stehenden Kapitel in der christlichen Gewerkschaftspresse geworden. Und der Artikel des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften vertritt sich sogar zu folgenden Sätzen: „Denn man schon anfangs, so unverantwortlich mit der Koalitionsfreiheit Mißbrauch zu treiben, dann wird den bescheidenen Arbeitern ein wirklich freies Koalitionsrecht nicht vorzuziehen sein.“

Wir verurteilen jeden gegen Andersdenkende geübten Terrorismus, Konfiszieren aber, daß gut beim Beispiel der von der christlichen Gewerkschaftspresse wie auch von der Zentrumspresse angeführten

kontrollierbaren Terrorismusfälle sich bei näherer Untersuchung als durchaus unrichtig und unzutreffend herausstellen. Um so mehr aber ist dies Verhalten der Christlichen zu verurteilen; sie können doch auch darüber nicht im Zweifel sein, daß sie dadurch den Scharmachern nur zu neuen Beschneidungs- und Entrostelungsversuchen der Koalitionsfreiheit der Arbeiter die Bahn ebnen. Dies Verhalten der Christlichen kann nicht oft und laut genug gebremst werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Fretümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 30. Juli der 31. Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Juli bis 5. August 1905 fällig ist.

Wesentlich der Auszahlung der Reiseunterstützung scheint vielfach die Ansicht verbreitet zu sein, daß die neuen Bestimmungen über das Reisegeld schon am 1. Juli 1905 in Kraft getreten sind. Das ist nicht der Fall. Die betreffenden Sätze des neuen Statuts treten — da Reisegeld, Umzugs- und Erwerbslosenunterstützung vom 1. Juli 1906 an gegeneinander aufgerechnet werden — auch erst mit diesem Tage in Kraft. Bis dahin gelten die bisherigen Bestimmungen des § 5 des Statuts vom 1. Juli 1903. Das gleiche gilt auch für die Ortsunterstützung, wobei Reisegeld und Ortsunterstützung gegeneinander aufzurechnen sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:

Den Verwaltungsstellen Dessau, Sieben und Siegnitz wöchentlich 5 Pf., der Verwaltungsstelle Durlach vom 1. August an wöchentlich 5 Pf., der Einzelmügliedschaft Hainichen monatlich 10 Pf.

Die Nichtzahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 3, Abs. 8a, des Statuts:

Auf Antrag der Einzelmüglieder in Chemnitz:

- Der Former Albin Köpfer, geb. am 25. April 1862 zu Parthen, Buch-Nr. 701 494;
- der Former Paul Schumann, geb. am 7. November 1888 zu Wodendorf, Buch-Nr. 488 925;
- der Maschinenformer Bruno Foyer, geb. am 6. Mai 1876 zu Wodendorf, Buch-Nr. 530 324;
- der Hilfsarbeiter Albin Lerch, geb. am 19. Juni 1877 zu Röhrsdorf, Buch-Nr. 802 798;
- der Hilfsarbeiter Gustav Matthes, geb. am 21. Juni 1876 zu Rottluff, Buch-Nr. 802 797;
- der Hilfsarbeiter Max Döwald Foyer, geb. am 25. Juli 1882 zu Wodendorf, Buch-Nr. 802 651;
- der Hilfsarbeiter Paul Wend, geb. am 10. März 1875 zu Röhrsdorf, Buch-Nr. 802 775, sämtliche wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen a. d. Ruhr: Der Schlosser Otto Schilling, geb. am 28. Mai 1875 zu Miehls, Buch-Nr. 492 551, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Halle a. d. Saale: Der Dreher Max Urndt, geb. am 4. Juli 1886 zu Halle, Buch-Nr. 720 363;
- der Dreher Oskar Neumann, geb. am 20. Januar 1878 zu Elbing, Buch-Nr. 601 553, beide wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Ortsverwaltung in Karlsruhe: Der Dreher Reinhold Oberwald, geb. am 24. Novbr. 1874 zu Spandau, Buch-Nr. 86 116;
- der Dreher Konrad Mehr, geb. am 12. Juni 1868 zu Que, Buch-Nr. 46 141;
- der Schlosser Karl Dörich, geb. am 12. April 1870 zu Karlsruhe, Buch-Nr. 63 004;
- der Schlosser Oskar Schwobentha, geb. am 20. Februar 1878 zu Karlsruhe;
- der Schlosser M. Tenfel, geb. am 21. September 1875 zu Baijungen, sämtliche, weil sie entgegen dem durch das Statut begründeten Anordnungen des Vorstandes Streit und Zwist unter den Kollegen verursachten und wegen Verläumdung und Beleidigung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in M.-Stadbach: Der Hilfsarbeiter Josef Nezas, geb. am 19. März 1875 zu Rajchano, Buch-Nr. 583 623, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart: Der Former Eugen Albrecht, geb. am 16. April 1878 zu Stuttgart, Buch-Nr. 144 272, wegen Denunziation und unkollegialem Verhalten;
- der Schlosser Eugen Klumpp, geb. am 16. August 1878 zu Heilach, Buch-Nr. 597 399, wegen Streikbruch.

Nicht wieder aufgenommen werden darf: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Wertheim: Der Maschinenformer Emil Weissenfel, geb. am 4. Sept. 1881 zu Achenrot, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Kassel: Der Mechaniker Alfred Grimm, geb. am 29. September 1878 zu Reichenort;
- der Reichsanwalt Karl Straß, geb. am 3. Februar 1882 zu Baulanden, wegen Schädigung des Verbandes.

Schwarz wird von der Ortsgruppe Jansbrack des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Österreichs vor dem Johann Kemptner, Buch-Nr. 15422 vom Österreichischen Verband wegen großen Vertrauensbruchs. Kemptner ist anzuhalten und ihm das Buch abzunehmen.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Alie-Str. 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld veranmählt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Bauhöffern nach Hamburg St.;
- von Bergern, Drechern, Drückern, Gärtlern und Metallformern nach Berlin;
- von Bergern und Aufträgern zc. nach M.-Stadbach (Stanz- und Emailierwerk Robert Jansen) M.;
- von Drechern, Schlossern und Unterwärdern nach Aachen (Gebrüder Meyer);
- nach Breslau St.;
- von Formern, Eisenblechbearbeitern und Keramachern nach Chemnitz (Krauthaim) St.;
- nach Darmstadt (Höber, Herdfabrik) St.;
- nach Düsseldorf (Höber, Herdfabrik) St.;
- nach Göttingen (Höber, Herdfabrik) St.;
- nach Koblenz (Metallmischer Eisenwerk) St.;
- nach Krefeld (F. Steffen);
- nach Preußlau (Hermann-Hoffmann) St.;
- nach Rorschach; nach Stuttgart-Rakast (Gump) D.;
- nach Torgelow (Gilde & Co.) D.;
- nach Weimar St.;
- nach Wernigerode a. Saale (Höber) St.;

- von Klempnern und Installateuren nach Dresden S.;
- nach Heidelberg, Karlsruhe, Kiel St.;
- nach Pforzheim, S.;
- nach Renscheid St.;
- von Klempnern, Installateuren und Kupferschmieden nach Aachen St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bregenz-Nieden (Jenn & Schindler) M.;
- nach Darmstadt (Herdfabrik Höber) M.;
- nach Erfurt (Kolonialfabrik Hagens) St.;
- nach Halle (Maschinenfabrik);
- nach Hamburg (Betriebswerkstätten der Straßenbahnen);
- nach Mühlentbauanstalt F. S. Schule, Kakaofabrik Th. Richard (Wandsbeck);
- nach Rorschach (Gießerei Rorschach) St.;
- nach Solingen; nach Weimar (Kriegesgesellschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf) D.;
- nach Würzburg (Wagner) St.;
- von Metallbildnern und Fabrikklempnern nach Erlangen (Peter Fischer) D.;
- von Metallschreibern nach Rorschach St.;
- von Schlägereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
- von Schlossern nach Stuttgart (Kunst- und Bauhöfferei von Stiller) D.;
- nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Rubes);
- nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwager, Schöppl, Schweizer und Punter & Co., Ofenfabrik).
- von Schlossbauern nach Oetisch b. Leipzig St.;
- von Schmiedern und Wagnern nach Lausanne (Schweiz) St.;
- von Werftarbeitern nach Flensburg St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu weiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; S.: Lohnbewegung; A.: Aussperung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; W.: Mißstände; R.: Lohn- oder Urtford-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formen.

Bausen. Die hiesige Firma Essengießerei und Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, sucht in hiesigen und auswärtigen Zeitungen fortgesetzt Kolonnen. Erklärlich ist dies, weil die auf diesen Artikel arbeitenden Kollegen nur geringen Verdienst erzielen, bis zu 10 und 8 Mk. herunter. Beschwert sich ein Kollege bei Meister Hofe darüber, dann zuckt er die Achsel. Die Lieblinge des Meisters sind es, die an diesen Verhältnissen die Hauptschuld tragen. Schuld haben aber auch die anderen Kollegen, die sich der Organisation fernhalten und die, die ihr den Rücken gekehrt haben. Ob sie glauben, dadurch vorwärts zu kommen? Das wäre der größte Irrtum, besser kann es nur durch die Organisation werden. Wir ersuchen um Fernhaltung des Zugangs.

Chemnitz. Am 16. Juli referierte Kollege Krause über das Ende des Streits der Former und Kernmacher bei Krauthaim. Die Schlüssel der Streitenden betrug 130 Arbeiter, die sich bei dem Streikkomitee meldeten. 63 Mann (Schlosser, Dreher und Hilfsarbeiter) wurden außerdem in Mitleidenschaft gezogen, indem diese wegen Mangel an Guß entlassen oder beurlaubt wurden. Der Streik dauerte Neben Wochen und einen Tag. Für die Kernmacher ist eine Erhöhung des Stundenlohns von 2,6 Pf. erreicht worden. Deshalb hätte es aber eines wochenlangen Streits nicht bedurft, da Krauthaim diese Lohnerhöhung nach zwei Tagen bewilligte. Die Kernmacher gaben sich damit aufzufrieden, wollten aber, da die Affordarbeit allgemein durchgeführt werden sollte, daß ihnen in Afford der für sie festgesetzte Stundenlohn garantiert werde. Dieses ist jetzt anerkannt und es soll auch eine Affordtabelle in der Kernmacherei ausgehängt werden. Die Forderung des Minimallohnes von 35 Pf. für Kernmacher, sobald diese drei Jahre als solche tätig sind, mußte fallen gelassen werden. 34 Pf. erkannte Krauthaim an und es wäre danach auch Frieden geschlossen worden, wenn der Proturist seinerzeit nicht plötzlich die Verhandlungen abgebrochen und alle Bewilligungen zurückgezogen hätte. Da die Bemühungen der Firma, aus Woffnen Arbeitswillige zu erhalten, fehlschlugen, sandte Krauthaim seinen Expedienten Kretschmar nach Obereschlefen, wo es ihm gelang, 13 Former von Gleiwitz und Rattowitz zu erhalten. Die Position der Streitenden verschlechterte sich dadurch, wozu auch noch kam, daß einer der Ausständigen abtrünnig wurde und ein Maschinenformer von hier hineinlief. Da nur voraussichtlich der Kampf sich sehr in die Länge gezogen hätte und sicher noch mehr Arbeitswillige von Obereschlefen zu erwarten waren, suchte das Streikkomitee die Einigungsverhandlungen wieder aufzunehmen. Ein Verhandeln vor dem Gewerbegericht lehnte Krauthaim mit unbegründeten und der Wahrheit widersprechenden Redensarten ab. Am 7. Juli wurde dann noch einmal persönlich mit Krauthaim unterhandelt, wo vereinbart wurde, daß der Lohn für Kernmacher von 30 bis 40 Pf. pro Stunde betragen soll. Bei Afford ist der für den Kernmacher festgesetzte Lohn zu garantieren und auszugahlen. Es soll weiter eine Affordtabelle in der Kernmacherei ausgehängt werden. Der Arbeitsnachweis des Metallindustriellen-Verbandes ist mit Beendigung des Streits für die Ausständigen frei zu geben. Former und Kernmacher stellt Krauthaim nur aus den Reihen der Ausständigen ein, so lange solche arbeitslos sind. Da die Situation durch die Streikbrecher keine sehr glänzige war und der Streik nur noch den einen Zweck gehabt hätte, Krauthaim zu schädigen, ohne den Ausständigen mehr Vorteile zu bieten, nahm man die Arbeit am 10. Juli wieder auf. 32 Mann gingen sofort bei Krauthaim an, andere folgten im Laufe der ersten Woche. Einzelne nahmen in anderen Gießereien Arbeit, so daß nach Ablauf von einer Woche noch 30 Ausständige vorhanden waren. An Streikunterstützung ist gezahlt worden an 84 verheiratete mit 176 Kindern 8455,89 Mk., 44 Ledige erhielten 2586,45 Mk. An Haushaltungsvorstände ist 1170 Mk. Mietszuschuß gewährt worden, so daß 12228,34 Mk., weitere 10 Mk. Extratraktierung. Im ganzen verursachte der Streik eine Gesamtausgabe von 12768,80 Mk. Der Referent betonte, daß von einem Siege keine Rede sein könne, es sei nur ein Vergleich, jedoch habe Krauthaim den größten Schaden und es ist ihm sein Standpunkt, „Herr im Hause“ zu sein, teuer zu stehen gekommen. Eine scharfe Kritik übte der Referent an dem Verhalten der Krauthaim'schen Beamten und den oberflächlichen Arbeitswilligen. Der Referent beantragte eine Resolution, die in der Hauptsache besagt: Die Verammlung der Former und Gießereiarbeiter zollt den Kollegen Anerkennung, die am Krauthaim'schen Streik beteiligt waren und ihre Pflicht erfüllt haben. Die Anwesenden versprechen auch denen tatkräftig zur Seite zu stehen, die durch List und Tücke ihrer Gegner irgendwie benachteiligt werden sollten durch Folgen, die aus dem Krauthaim'schen Streik entstehen sollten. Die Verammlung erkennt auch an, daß die Aufhebung des Streits richtig war, da eine Fortführung desselben nur noch den einen Zweck haben konnte, Krauthaim zu schädigen, ohne die Position der Ausständigen zu bessern. Die Verammlung verurteilt die Haltung der Krauthaim'schen Beamten, die versuchten, die Streikposten und sonstige Ausständigen zu provozieren, nur um Anzeigen an die Behörden erhalten zu können. Die Verammlung beschloß weiter, gegen mehrere Verbandsmitglieder, die Streikbruch begangen, beim Vorstand den Ausschluß zu beantragen. Nachdem der Streik am 10. Juli beendet wurde, hätte man uns doch sofort Mitteilung machen sollen, damit wir die Korrespondenz in Nr. 29 hätten ändern können. (Neb.)

Hagen. Von der Firma Heringhaus in Verneis bei Bärde werden in den Zeitungen mehrere Kempergußformer und Kernmacher gesucht. Da nun dort Streitarbeiter für Belbert gemacht wird, so eruchen wir jeden Former und Kernmacher, dort nicht in Arbeit zu treten. Besonders sind sämtliche Gießereiarbeiter in Belbert wegen Einreichung eines Tarifs vom Unternachertum auf's Pfahst geworfen worden. Die hier in Frage kommende Fabrik ist eine Filiale der „bekannt“en Firma Heringhaus in Belbert. Von den dort beschäftigt gewesenen 18 Formern sind 4 organisiert, die sofort, nachdem ihnen zugemutet wurde, Arbeit für Belbert zu machen, die Kündigung erreichten. Die übrigen hielten es auch weiterhin mit ihrer Ehre vereinbar, den in Belbert so rüchlich-los

auf Pfaster geworfenen Kollegen in den Rücken zu fallen. Gelegentlich einer vom Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes arrangierten Besprechung erklärten diese Leute, vom Meister schon genügend aufgeklärt zu sein über die Welberter Ausperrung, denn es sei doch klar: wäre der Tarif nicht eingereicht worden, so wären die Arbeiter auch heute nicht ausgesperrt. Ergo — die Welberter sind selbst an der Ausperrung schuld! Ob zu dieser „Auffklärung“ auch das gependete Freiberger gehört? Es scheint halb so. Daß der Birt des Gartens, in dem die Besprechung stattfand, den Kollegen Donath, jedenfalls auf Veranlassung der Firma, durch die Polizei hinauswerfen lassen wollte, scheiterte nur daran, daß weit und breit kein beheltes Haupt zu sehen war. Darob natürlich allgemeines Entsetzen aller im Zimmer sitzenden Honorationen. Doch in der Not rief der Zeufel bekanntlich Fliegen. Also im Sturmschritt den Meister geholt, eine Lage Bier nach der anderen gegeben, und siehe da: die Folgen blieben nicht aus. Die vielleicht bei manchem schon macherferne Erkenntnis, daß Streikarbeiter ein Vergehen an der Kollegenschaft ist, wurde durch das „Auffklärungsmittel“ Bier wieder zurückgenommen. Traurig, so etwas konstatieren zu müssen! Wir rufen nun allen Formern und Gießereiarbeitern, besonders denen von Gilpe zu: Erkundigt euch erst im Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, ehe ihr Arbeit hier annehmt.

Zur Ausperrung in Schweden.

Wir erhalten folgenden Aufruf zur Veröffentlichung: Gießer! Kameraden! Durch die Zeitungspresse dürfte es euch bekannt sein, daß jetzt in Schweden ein Streit ausgebrochen ist zwischen den organisierten Unternehmern und den Arbeitern innerhalb der mechanischen Werkstättenindustrie, ein Streit von so großem Umfang und von so tiefgehender Bedeutung, daß dessen Ausgang die allergrößte Bedeutung auf die ganze schwedische Arbeiterbewegung auf lange Zeit hinaus ausüben wird. Durch eine energische Organisationsarbeit während der letzten 10 Jahre stehen die Arbeiter der mechanischen Werkstätten in Schweden auf gut organisiertem Fuße. Der schwedische Gießerverein, der seit dem 1. Januar 1894 existiert und der damals mit einer Anzahl von 389 Mitgliedern in 8 verschiedenen Abteilungen begann, zählt jetzt circa 2300 Mitglieder in 77 Abteilungen. Innerhalb der übrigen zur Werkstättenindustrie gehörenden Fächer haben ähnliche Fortschritte stattgefunden. Nach besten Kräften hat unser Verein unsere gemeinsamen sachlichen Interessen wahrzunehmen versucht durch geordnete Arbeits- und Lohnverabredungen; die Kollegen haben das vollkommenste Vertrauen zu ihrer Organisation gezeigt und gegenwärtig gehören wenigstens 76 Prozent der Gießer Schwedens dem Vereine an.

Im Jahre 1902 organisierten sich unsere Arbeitgeber und nannten ihre Organisation „Schwedens Werkstätten-Verein“. Er umfaßt sämtliche größeren mechanischen Werkstätten hier zu Lande und schon daselbst legte sie ihre Streitfucht klar durch eine Locout-Erklärung, die alle Werkstätten in Stockholm in sich faßte. Die Gruppe der Arbeiter, denen es damals galt, gab nach und der Streit war dann aus dem Wege geräumt. Im Jahre 1903 beschloß der Werkstätten-Verein, daß alle Arbeitsverabredungen, die zwischen Mitgliedern gleicher Vereine und den betreffenden Fachvereinen getroffen waren, gekündigt werden sollten und daß man auf keine neuen in Zukunft eingehen dürfe, ein Beschluß, dem man hochachtungsvoll Folge geleistet hat. In demselben Jahre, 1903, erklärte der Werkstätten-Verein wiederum Locout auf Veranlassung einer Arbeitsniederlegung von 7 Gießern, wo es sich um eine Erhöhung des Stundenlohnes von 2 bis 3 Ore per Mann handelte. Der Gießerverein hob den geworfenen Handschuh auf. Der proklamierte Locout kam zum Ausbruch, er dauerte 6 Wochen und umfaßte circa 15000 Mann. Unsere Organisationen standen am Ende des Streites unbefleigt und ein Beschluß wurde gefaßt, daß sogleich eine Verhandlung stattfinden solle wegen geordneter Lohnverabredungen für das ganze Land.

Verhandlungen sind deswegen während einer Zeit von zwei Jahren gepflogen worden, ohne daß ein positives Resultat infolge der übermütigen Haltung des Werkstätten-Vereins erzielt worden ist, und immer von neuem erhob dieser Verein Schwierigkeiten. Und als er im März dieses Jahres die Verhandlungen wegen Minimallohn und Lehrlingsausbildung u. s. w. abbrach, blieb nichts anderes übrig, als durch partielle Streiks innerhalb der verschiedenen Fächer für Durchführung geordneter Lohnverhältnisse zu wirken.

Der Werkstätten-Verein hat jetzt mittels allgemeiner Locouts im ganzen Lande vom 10. Juni an geantwortet. Dadurch sind circa 18000 Mann auf die Straße geworfen worden. Von den Mitgliedern unseres Vereins sind circa zwei Drittel ausgeschloffen. Von mehreren Seiten, sogar von der schwedischen Regierung, sind Bemühungen zur Vermittlung im Streit gemacht worden, aber alle Versuche sind vom Werkstätten-Verein zurückgewiesen worden. Der Streit besteht jetzt seinem ganzen Umfang nach. Es ist augenscheinlich der bestimmte Voratz des Werkstätten-Vereins, unsere Organisationen zu vernichten. Die Unternehmern wollen die Alleinbestimmenden sein hinsichtlich der Arbeits- und Lohnbedingungen, und der Streit dreht sich jetzt darum, ob den Arbeitern ein Einfluß darauf zuerkannt werden soll oder nicht. Unser Verein war vollkommen einig im Beschluß, diesen Streit aufzunehmen. Wir haben uns, soweit unser Vermögen reicht, gerüstet zu dem, was wir als unvermeidlich voraussehen. Aber in einem so weitgehenden Streite sind die Unterstützungsmöglichkeiten von größter Bedeutung. Mit vollem Bewußtsein hinsichtlich der Bedeutung des Streites und einer zähen und langwierigen Ausdauer in diesem Ausübungskampfe, gerichtet gegen eine Klasse des Gemeinwesens, die nichts höher wünscht, als sich und den Jähren durch eine gemeinnützige Arbeit eine erträgliche Existenz zu verschaffen, wenden wir uns an euch, organisierte Kollegen, mit der Bitte, uns in Gestalt einer Unterstützung, am liebsten pro Woche, eine hilfreiche Hand in diesem Niefenskreise zu bieten. Eure täglichen Erfahrungen legen euch schon das schwere Los des Arbeiters dar, ein Los, das noch schwerer uns drücken wird, falls wir durch die Hungerpeinliche zur Unterwerfung gezwungen werden.

Kollegen! Durch Unterzeichneten appelliert die Menge der ausgeschloffenen Gießer Schwedens an euch um Hilfe. Der kleinste Betrag wird mit Dank angenommen. Macht diesen Aufruf in den weitesten Kreisen bekannt und wir wären dankbar, wenn er in euer Fachorgan aufgenommen würde. Besonders an unsere Landsleute richten wir die Bitte, ihre früheren Kameraden nicht zu vergessen. Zu unseren Gunsten eingesamelte Geldmittel müßtet ihr unter untenstehender Adresse senden. Rechenschaft wird später dafür abgelegt werden.

In der Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des jetzt obwaltenden Streites sind wir alle fest entschlossen, denselben zu führen, bis unsere Unternehmern es für gut erachten, auf geordnete Arbeits- und Lohnverabredungen einzugehen. Mit uns sympathisiert die ganze Arbeiterklasse Schwedens.

Es leben die gerechten Forderungen der Arbeiter! Es lebe die Arbeiterbewegung!

Für den Vorstand des schwedischen Gießervereins:
S. E. Blomqvist, Bevollmächtigter.
Adresse: Sv. Gjutareförbundets expedition Ringvägen 6, Stockholm.

Klempner.

Nach. Nach Beschluß einer öffentlichen Versammlung vom 21. Juli haben einmütig sämtliche Klempner, Installateure und Kupferfchmiedegesellen am 22. Juli die Kündigung eingereicht. Die Innung will nicht mit der Lohnkommission und den Vertretern von uns und den Christlichen über den eingereichten Tarif verhandeln. Wenn die Gesellen einig bleiben, müssen sie regeln, denn für Löhne von 2,25 bis 3,25 Mk. wird sich kein fremder Kollege hergeben zu arbeiten. Es kommen von circa 180 Gesellen nur ungefähr 10 in Betracht, die den Gehalt von 1 Mk. pro Tag erzielen. — Zugug ist strengstens fernzuhalten.

Dresden. Der Streit der Klempner und Installateure dauert nun schon die sechste Woche. Nicht daß es die Streikenden an Entgegenkommen fehlen ließen, nein: die Herren Innungsmeister wollen den Kampf. Jedweder Annäherung des Verbandes weicht man aus. Das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen lehnt man ab. Gibt es hier doch Innungsgrößen, die tatsächlich der Meinung sind, daß, wenn Gesellen streiken, die 12 bis 15 Jahre bei einem Meister

beschäftigt gewesen sind, der Strafrichter das Recht habe, diese zur Verantwortung zu ziehen. Dazu kommt, daß der Obermeister der Innung, Herr Lange, der bei günstigster Konjunktur zwei Gesellen beschäftigt, ein Schurfmacher allerersten Ranges ist. Müß schimpft dieser Herr über den „Terrorismus“ der Streikenden. Polizei! das ist kein Schandstuf. Trotzdem es da und dort schon tracht, haben die Meister doch nicht die Courage, ihren Standpunkt in den Innungsversammlungen geltend zu machen. Aber in anderer Beziehung sind sie große Helden. Wenn es gilt, den Streikenden eins auszuweisen, dann sind diese Innungshelden die ersten auf dem Plan. Der Klempnermeister Hahner, Reißigerstraße, verliert seine Arbeitswilligen — lauter Böhmern — mit Totschlägern. (Ein derartiges Ding liegt auf unserem Bureau. Es ist ein 3/4 Zentimeter langer und 2 1/2 Zentimeter starker Vollgumm, oben fein säuberlich von einem Sattler mit Faustriemen versehen.) Beim Überreichen der Mordinstrumente gab Herr Hahner die Instruktion, jeden streikenden Klempner damit in die Presse zu hauen! Den Meistern hilft die Polizei. Strafverfügungen über zwei Tage Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung der Arbeitswilligen werden ohne weiteres von der in Sachen so machtvollen Polizei verhängt. Daß die Erbitterung unter den Ausständigen dadurch wächst, ist selbstverständlich. Trotzdem, oder besser gesagt, gerade deswegen halten die Klempner fester zusammen als vorher. — Den Zugug fernzuhalten muß Aufgabe jedes Metallarbeiters sein!

Essen. Die hiesigen Klempner und Installateure haben den dreiwöchentlichen Streit abgebrochen, weil die Bauarbeiterausperrung Laufsache wurde. Mancher Kollege war über den plötzlichen Abbruch nicht erbaut, doch hier mußte die Vernunft sprechen und nicht das Herz. Es wäre ein Götterchauspiel gewesen, wenn die Klempner im Streit verbarnt hätten, während die Bauarbeiter ausgesperrt waren. Einen größeren Gefallen hätten wir den Innungsmeistern gar nicht tun können. Die Klempner werden jetzt mit aller Macht dahin arbeiten, die Kollegen, die bis jetzt noch nicht begriffen haben, wech traurige Rolle sie gespielt haben, der Organisation zuzuführen. Alle im Ausstand gewesenen sind einig, daß sie nicht eher ruhen werden, bis die Tarifvereinbarung in Essen durchgeführt ist. Nun schreibt die Klempner- und Installateure-Zeitung, der Herr Oberbürgermeister zeigt sich sehr schuld an der Bewegung. Die Innungsmeister mögen sich beruhigen, der Herr ist unschuldig an dem „vergoßenen Blut“. Ehe wir die Einladung aufs Rathaus erhielten, hatten die Klempner schon ein halbes Jahr vorher Beratungen über einen Tarif gepflogen; wenn die Klempnermeister etwas Mutterwitz besessen hätten, dann müßten sie doch gewahr geworden sein, daß die Klempner mit einem vollständigen Tarif im Rathaus aufwarteten. Gines müssen wir gestehen: daß der Oberbürgermeister über die hiesigen Klempnerverhältnisse besser unterrichtet ist, wie sämtliche Klempnermeister. Dieses betätigen sie selbst durch ihre Ausführungen. Als die Beratungen auf dem Rathaus stattfanden, waren es die Meister, die erklärten, der durchschnittliche Lohn wäre 45 Pf. die Stunde. Wie es aber in Wirklichkeit aussieht, steht auf einem anderen Blatt. Löhne von 2,50 Mk. waren nichts seltenes, haben wir doch einen Arbeitszettel des Obermeisters Paul Schneitker in Händen, der auf 38 Pf. lautet. Und da erzählt die Klempner- und Installateure-Zeitung von „unerfüllbaren Tarifforderungen“. Wir glauben den Meistern, daß sie davon nicht erbaut sind, anständige Löhne zu bezahlen; aber sie werden es mit der Zeit lernen müssen. Den Kollegen in Deutschland wollen wir unsere „unerfüllbaren Forderungen“ vor Augen führen: Der Stundenlohn beträgt für Gehilfen nach beendeter Lehrzeit bis zum 20. Jahr nicht unter 40 Pf., vom 20. bis 24. Jahr nicht unter 46 Pf., von da ab nicht unter 52 Pf. Daß vielen Krautern, die einzelne Gesellen mit 2 Mk. und 2,50 Mk. abgespeist haben, die Säge des Tarifs unangenehm sind, glauben wir. Die hiesigen Kollegen hatten eine Lohnkommission gewählt, zu gleichen Teilen aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Christlichen Metallarbeiter-Verband. Diese setzte sich mit dem Gesellenauschuß in Verbindung und beauftragte den Altgesellen, der Innung den Tarif zu übersenden. Am 21. März ist das Schreiben abgeschickt worden und am 13. Mai antwortete die Innung erst, daß sie darauf nicht eingehe. Jedemfalls war diese Handlungsweise keine anständige zu nennen. Sie hat aber dazu beigetragen, die Sache zu beschleunigen. Daraus forderte der Gesellenauschuß nochmals in einem kurzen Schreiben die Innung auf, und zwar am 16. Mai, eine Sitzung der Innung mit dem Gesellenauschuß einzuberufen. Dabei war bemerkt, der Gesellenauschuß würde in einer öffentlichen Klempnerversammlung dann Bericht erstatten. Am 15. Juli lief ein Schreiben von der Innung ein, worin mit dem Anschluß an den Arbeitgeber-Verband gedroht wurde, was allgemeine Heiterkeit in unserer Versammlung erzeugte. Am 26. Juni wurde in neuem Buben die Arbeit niedergelegt, am 27. Juni in 38 Buben. Daß die Meister ob dieses Freuels aus dem Pflauchen waren, versteht sich am Rande. Die Zeit war die günstigste zum Loschlagen und wird auch für die Zukunft wieder ausgesucht werden. Der Geist der Streikenden war ein guter, leider hat uns die Ausperrung der Bauarbeiter für dieses Mal einen Strich durch die Rechnung gemacht. In den Streit waren getreten 90 Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, 28 vom Christlichen Verband und ein Hirsch-Dunderianer. Die Meister machen nun die größten Anstrengungen, Klempner und Installateure herzuloden. Wir raten den Kollegen, Essen zu meiden. Sollten Kollegen dur. Essen reisen, so haben sie sich im Bureau, Nechtshilfstr. 10, zu melden, damit wir ihnen Arbeit bei den Meistern und Unternehmern anweisen können, die den Tarif unterschrieben haben. Die schwarzen Listen der Herren Meister erwiesen sich als nutzlos; trotz dieser Listen sind fast alle Kollegen wieder in Arbeit.

Mm. Nach langen Bemühungen ist es uns endlich gelungen, die hiesigen Spengler so zu organisieren, daß wir an die Aufstellung eines Tarifs denken konnten. Nachdem wir einen Entwurf mit unserem Bezirksleiter ausgearbeitet, überreichten wir ihn am 17. Juni den einzelnen Meistern und dem Innungsvorstand. In einer gemeinschaftlichen Kommissionsitzung wurde er zum größeren Teile zu unseren Gunsten angenommen. Die Unterzeichnung verzögerte sich durch den Antrag eines Meisters betreffend Maßregelung. Nachdem auch dieses geregelt, erfolgte am 18. Juli die Unterzeichnung auf dem hiesigen Gewerbegericht. Der Tarif tritt am 1. Juli 1905 in Kraft und hat einjährige Gültigkeit bei sechsmonatlicher Kündigung. Die hauptsächlichsten Bestimmungen sind: Der Lohn unterliegt im ersten halben Jahre nach der Lehre der freien Vereinbarung, von da an bis zum vollendeten 18. Jahre nicht unter 30 Pf., vom 18. Jahre an nicht unter 35 bis 45 Pf. In den Vorabenden vor Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher Feierabend ohne Abzug. Überstunden sind so viel als möglich zu vermeiden, im anderen Falle jedoch wird für Überstunden, Nacht- und Feiertagsarbeit 25 Prozent Aufschlag bezahlt. Bei auswärtigen Arbeiten, wo der Arbeiter jeden Abend nach Hause kann, wird 1 Mk. Zuschlag bezahlt, muß er auswärts übernachten, nicht unter 1,50 Mk., in teuren Bade- und Kurorten nach freier Vereinbarung, jedoch nicht unter 1,50 Mk. Ein- und Rückfahrt gilt als Arbeitszeit. Lohnzahlung ist jeden Freitag. Kündigung findet nicht statt. Die Arbeitszeit mußte auf zehn Stunden belassen werden, da alle übrigen Bauhandwerker hier noch zehn Stunden arbeiten (von 6 bis 6 Uhr mit einer Stunde Mittags- und je einer halben Stunde Frühstück- und Vesperpause). Die anderen Bestimmungen sind gleichlautend mit anderen Tarifen. Wenn man bedenkt, daß früher die Löhne für Spengler bis zu 20 Jahren zum Teil noch unter 30 Pf. waren, daß es hier Sommer- und Winterlöhne und daß es keine Prozente für Überstunden gab, so können wir mit dem Ertragenden zufrieden sein. Wir hoffen, daß nun auch die noch fernstehenden Kollegen sich dem Verband anschließen und treu zu ihm halten. Auch die übrigen hiesigen Metallarbeiter sollten zu der Einsicht kommen, daß es höchste Zeit ist, sich zu organisieren. Denn die Löhne für Schlosser, Schmiede u. lassen sehr viel zu wünschen übrig, viele Arbeiter dieser Branchen verdienen unter 30 Pf., hauptsächlich bei C. D. Magirus, der Hochburg der Hirsch-Dunderischen.

Metallarbeiter.

Berlin. „Es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt.“ Nachdem wir in der letzten Zeit,

soweit Berlin in Betracht kommt, keinerlei Preßsehde mit den Hirschen hatten, kommt in der Nr. 29 des Regulator ein Schmiefest, der zweifellos lange Weile hatte, und rempelt uns an. Wie ist es nun möglich, daß der Regulator auf jeden Quatsch eingeht? Die Redaktion hätte sich doch sagen müssen, was jeder vernünftige Mensch ohne weiteres sieht: der Schreiber des betreffenden Artikels hat etwas übrig behalten vom letzten Frost. Aber was tut: wo so viel Wödsinn versapft wird wie im Regulator, da kann es allerdings auf etwas mehr nicht mehr ankommen.

Dessau. Bei der Firma Köhert sind Differenzen ausgebrochen. Zugug von Schlossern und Schmieden ist fernzuhalten.

Dresden. In der Nr. 27 ist unter Korrespondenzen aus Dresden eine Notiz enthalten, welche die Tatsachen vollständig auf den Kopf stellt und die Dresdener Metallarbeiter wie Nombies behandelt. Bedauerlicherweise hat der Einsender dieser Notiz sich nicht einmal getraut, dieses Nachwerk mit seinem Namen zu decken, damit man ihn zur Rechenschaft ziehen könnte. Von der ganzen Schreiberei ist nur das Eine richtig, daß tatsächlich ein Antrag eingebracht und auch mit großer Majorität angenommen wurde, welcher dahin ging, den Beamten zum Bericht das Wort nicht mehr zu erteilen, soweit es sich nicht um persönliche Angriffe handelt. Die Ursache jedoch war eine ganz andere als die vom Einsender angegebene. Ich bin Gegner solcher Anträge, habe auch nicht dafür gestimmt: und doch habe ich mich nachträglich davon überzeugt, daß der Antrag in diesem Falle eine Notwendigkeit war. Der intellektuelle Urheber dieses Antrags war ja eigentlich der Kollege Heldt, der die von mir gemachten Ausführungen als von niedrigem Intellekt geleitet hinstellte. Hier mußte sich Kollege Heldt allerdings gefaßt lassen, daß er in nicht mißzuverstehender Weise darauf aufmerksam gemacht wurde, daß auch ein Gauleiter die Verantwortung hat, sich in einer Versammlung geheimer zu benehmen. Übrigens hatten ja auch vorhergegangene Versammlungen gezeigt, wie es gemacht wird, wenn man unbedequate Gegner nicht zum Worte kommen lassen will. Hierfür ein Beispiel. In der Versammlung, in der die Vorstandsliste diskutiert wurde, hatte man es geschafft verstanden, nachdem ich als Gegner der Vorlage gesprochen, nicht nur mich in ganz ungehöriger Weise abzukanzeln (Heldt warf mir wider besseres Wissen vor, ich hätte schon gegen die Arbeitslosenunterstützung in derselben Weise agitiert), sondern man ließ der Reihe nach eine Anzahl Kollegen, von denen man wußte, daß sie Anhänger waren, sprechen, und dann brachte der hinsichtlichlich bekannte Schlupfentagfabrikant zur rechten Zeit den Schlupfentag, wodurch zwei mir bekannter Gegner das Wort abgegriffen wurde. Also nur nicht auf einmal so über Mundtotmachung zeteren! Wenn außerdem hintereinander die Kollegen Drescher, Föller, Hoffmann, Heldt und Pieper die Beschäfte bis zur Verbünnung herausgefrachten hatten, so war es nicht zu verwundern, wenn auch die Versammlung einmal zum Worte kommen wollte. Deshalb wohl der Antrag. Worauf es übrigens abgesehen war, konnte man aus den zweiten Ausführungen sehen, die Kollege Drescher machte: nichts als Wiederholungen. Feigheit war also nicht die Triebfeder, verehrter Kollege; aber wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus, und es mutet den Eingeweihten komisch an, wenn in dem Artikel gesagt wird: „Hierdurch wurde ein in der Arbeiterbewegung beispiellos dastehender Zustand geschaffen,“ oder: „Die bisher getriebene Gefinnungsrichterei hat jedes Gerechtigkeitsgefühl zerstört.“ Wie denn nun, wenn der Kollege Müller einmal den Spieß umdrehte? Müller könnte am besten den Beweis erbringen, daß jahrelang in Dresden der Wauktorb eine Rolle gespielt hat und noch spielt. Es war also sehr unvorsichtig, in der Weise zu operieren. Das Kuriosste aber ist, daß der Einsender für diese Wortkommunisse die Parteipresse, vor allem die Leipziger Volkszeitung und die Sächsische Arbeiterzeitung verantwortlich machen will. Wie wäre es denn, wenn der Schreiber der Notiz in Nr. 27 auf unserer nächsten Generalversammlung den Antrag stellte: Kein Kollege darf die Parteipresse lesen. Das wäre jedenfalls ein durchschlagendes Mittel, die so notwendige Kirchhofstraße wieder herzustellen. Nein, mein Lieber! Die Gründe für die allerdings bedauerlichen Vorfälle liegen ganz wo anders, vor allem in der unerhörten Überhebung einzelner Funktionäre und in der unkollegialen Behandlung. Und es wäre wirklich einmal an der Zeit, wenn der Hauptvorstand sich etwas mehr mit dieser Angelegenheit befaßte, er würde dann sehen, weshalb die hiesigen Kollegen so unbotmäßig gegen die Verwaltung geworden sind. Richard Pohl.

Erfurt. Am Mittwoch den 12. Juli haben sämtliche Arbeiter der Lokomotivfabrik von Hagans wegen Akkordreduzierung und Maßregelung des Vertrauensmannes die Arbeit niedergelegt. Die Firma fertigt Maschinen für die Staatsbahn und ist gegenwärtig gut mit Arbeit versehen. Nach den Äußerungen des Meisters zu urteilen, wurde bisher für eine Lokomotive 80000 Mk. bezahlt, jetzt sollen nur noch 27000 Mk. bezahlt werden. Damit nun die Firma diese Differenz nicht zu tragen hat, versucht sie es bei den Arbeitern mit Abzügen. Sie kürzte einfach die vereinbarten Akkordsätze, aber nicht um Pfennige, sondern um Beträge von 2,50 bis zu 35 Mk. Einem Arbeiter, der für eine Arbeit 120 Mk. erhalten mußte, wurden 18 Mk. abgezogen, einem andern 16 Mk. u. s. w. Selbstverständlich konnten sich dieses die Arbeiter nicht gefallen lassen. Dem Gewerbeinspektor wurde von der Sache Mitteilung gemacht und dieser machte die Firma darauf aufmerksam, daß sie nicht berechtigt ist, ohne die Arbeiter zuvor zu verständigen, den Akkord zu kürzen. Dieses brachte nun Herrn Hagans in Harnisch. Er erklärte: Die bis jetzt gemachten Abzüge werden zurückerstattet, dagegen von nun an die Akkordsätze überall heruntergesetzt. Dem Vertrauensmann Lutz, den man im Verstand hat, daß er dem Gewerbeinspektor Mitteilung gemacht habe, wurde sofort entlassen. Es fand darauf eine Werkstatversammlung statt, die beschloß, daß, wenn die Firma diese Abzüge nicht zurücknimmt und der Kollege nicht wieder eingestellt wird, die Arbeit niedergelegt werden soll. Die am andern Morgen vorstellig gewordene Kommission und die Gewerkschaftsvertreter konnten auch nichts ausrichten. Es blieb bei den Abzügen, die Arbeiter beantworteten diesen Schlag mit Niederlegen der Arbeit und Aufstellung der Forderung: In Zukunft hat die Lohnzahlung einheitlich am Freitag zu erfolgen (bis jetzt wurde jede einzelne Branche an einem andern Tag entlohnt), Wahl eines Arbeiteraussschusses. In der Versammlung ging es zum Teil sehr lebhaft zu; mancher Kollege machte seinem Innuit in bestigen Worten Luft. Die Arbeiter werden diesen Schlag mit allen Mitteln abzuwehren versuchen müssen. Sind sie erst einmal gefügig, wird es die Firma bald wieder versuchen, Abzüge zu machen. Der Verdienst ist jetzt schon bei manchen sehr gering, es werden Stundenlöhne bis zu 25 Pf. herab bezahlt; hätten aber die Arbeiter mehr Energie besessen, hätten sie sich schon lange der Organisation angeschlossen, dann wäre es möglich gewesen, eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute tagende Werkstatversammlung der Arbeiter der Firma Hagans weiß das Anerbieten der Firma entrißt zurück. Die Anwesenden verpflichten sich, solange im Ausstand zu verharren, bis die Firma die gemachten Akkordabzüge wieder zurückzieht sowie verpflichtet, in Zukunft keine Lohnreduktionen wieder vorzunehmen. Die Arbeiter, die ihrer Pflicht gegen die Firma wohl und ganz nachgekommen sind, verlangen gleichzeitig die Wiedereinstellung des gemäßigten Kollegen. Maßregelungen dürfen fernerhin nicht stattfinden.“ — Ausständig sind 120 Kollegen, die zum Teil dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, dem Hirsch-Dunderischen Gewerbeverein, und dem Schmiede- und Malerverband angehören. Wenn alle fest zusammenstehen und Zugug nach hier ferngehalten wird, wird es leicht sein, der Firma klarzumachen, daß man den Arbeitern nicht ungestraft Abzüge machen darf.

Frankfurt a. M. In zwei Versammlungen beschäftigte sich die hiesige Mitgliedschaft mit dem Bericht ihrer Delegierten von der Generalversammlung in Leipzig. Allgemein wurde von den Kollegen, die sich an der Diskussion beteiligten, ihre Unzufriedenheit über den Verlauf der Generalversammlung zum Ausdruck gebracht. In scharfen Worten wandte man sich gegen die Haltung unserer leitenden Verbandsfunktionäre in den verschiedenen Fragen, insbesondere deren Stellung zu den Verhandlungen des Röhner Gewerkschaftskongresses. Es wurde die Resolution begrüßt, die der Verbandstag in dieser Angelegenheit gefaßt hat. Betreffs der Penionskasse oder der Be-

willigung der 5000 ML. war nach der Meinung, der Verbandstag hätte besser getan, den Anschluß an den Unterstützungsverein Arbeiterpresse zu beschließen, um so nicht einem Zeile der Beamten, sondern der Gesamtheit derselben gerecht zu werden. In der zweiten Versammlung war auch Herr Kollege Ehrler, Bezirksleiter vom achten Bezirk, anwesend, der versuchte, in den verschiedenen Fragen die Haltung der Verbandsfunktionäre und die Beschlüsse der Generalversammlung zu verteidigen. Folgende Resolution gelangte gegenwärtig zur Annahme: „Die heutige Versammlung schließt sich der Resolution der Magdeburger Kollegen vollinhaltlich an.“ (Die Magdeburger Resolution ist in Nr. 27 wiedergegeben. Red.)

Hagen. Infolge stichtiger Agitation ist es nun gelungen, in dem zur Verwaltungsstelle Hagen gehörenden Orte Wetter einen selbständigen Bezirk zu gründen. Der junge Bezirk ist in wenigen Wochen von Anfang an auf über 50 Mitglieder gestiegen, ein Zeichen, daß man in der Wahl der Bezirksführung nicht nur die richtigen Kollegen gefunden, sondern daß auch ein guter Geist in der Mitgliedschaft vorhanden ist. Recht so, ihr Kollegen von Wetter, nur müht euch vorwärts auf der beschrittenen Bahn! Denn Aufgaben genug harrten der Erledigung durch die Organisation in dem von 8 bis 4000 Metallarbeitern bewohnten Orte. Daß Wetter eine „Hochburg“ der Hirsch-Dundersche ist, merkt man an den überaus traurigen Arbeitsverhältnissen in den Fabriken. Auch nicht das geringste ist bisher von dieser Organisation, trotz ihrer (wie behauptet wird) sehr ansehnlichen Mitgliederzahl, getan worden. Eine der allererstmöglichen Aufgaben in Wetter ist das Aufsichtswesen von Schulte. Herr Schulte, eine der ersten Ordnungsfunktionäre, sollte doch vor allen Dingen erst einmal in seinem Betrieb die Unordnung und die Geschwätzigkeit beseitigen. Seine von ihm „mit schweren Intonaten“ erdichtete Waschanstalt besteht aus je einem Zimmer für 10 bis 12 Mann. Die Errichtung eines Klosets scheint ihm auch etwas zu „unmöglichem“ zu sein, denn bisher hat noch keiner der dort beschäftigten Arbeiter irgend etwas Ähnliches entdecken können. Muß jemand das Klosett in Anspruch nehmen, so wird die Dauer des Besuchs mit der Uhr in der Hand kontrolliert. Schutzvorrichtungen gibt es nicht. Wozu auch: wer hat früher etwas von Schutzvorrichtungen gemerkt? Riemenstrahlen anschaffen ist unnötig, ein tüchtiger Dreher hilft sich selbst; so meinte der Meister Götsch, der sich der Eigenart des Schulteschen Betriebs vollständig angepaßt hat. Mit dem äußerst mangelhaften Werkzeug soll natürlich soviel als möglich geschafft werden. Dem ganzen wird die Krone aufgesetzt durch das Lohnzahlungssystem. Da Herr Schulte, enragierter Kämpfer für Thron und Altar, in Wetter überhaupt keine Leute bekommt, so ammoniciert er in allen möglichen Zeitungen. Und immer wieder fallen die fremden Kollegen darauf hinein. Kommt nun ein Kollege zugereist, so wird er sofort eingestellt. „Sie bekommen einen anständigen Lohn“, erklärt der Meister auf eine diesbezügliche Frage. „Kündigen können Sie nur am 1. und 15. des Monats, das schadet aber nichts, es wird Ihnen hier schon gefallen.“ Der Kollege beginnt nun seine Arbeit und harret der Dinge, die da kommen sollen, vor allem aber auf die Lohnzahlung. Endlich ist der langersehnte Tag da. Man bekommt aber nicht etwa den Lohn, sondern man hört und staunt — an die Logiswirtin wird die Lohnbütze abgegeben. Sollte es dann einmal vorkommen, daß mehr darin ist, als sie zu verlangen hat, so geht sie das natürlich ihrem Kostgänger aus. Wirklich großartig! Sämtliche Logisvermieter fragen erst jeden Zugereisten, ob er nicht etwa bei Schulte angefangen hat. Ist es der Fall, so muß er sich damit einverstanden erklären, daß die Wirtin die Lohnbütze bekommt, wenn nicht, bekommt er kein Logis. Ja, warum denn aber das? wird man fragen. Der Grund ist sehr einfach. Herr Schulte zahlt, da er sich mit seinem bekannten Ordnungssinn überhaupt nicht für feste Löhne begeistern kann, höchst selten in den ersten 14 Tagen viel mehr als das Kostgeld beträgt. Die Folge davon ist, daß der betreffende Kollege die Kündigung einreicht, um so schnell als möglich das Elbarado zu verlassen. Von nun an verrechnet Schulte den Lohn unter der Rubrik Afford. Da ist es erklärlich, daß dann immer noch etwas weniger herauskommt als vorher. Der Arbeiter gerät nun in Schulden bei der Wirtin und ist deshalb gezwungen, von einer Woche zur anderen bei Herrn Schulte zu bleiben. Da kommt es natürlich vor, daß manchem die Geduld reißt und die Wirtin dann den kürzeren zieht. Daher das Vertragsverhältnis zwischen Herrn Schulte und der Wirtin. Es würde zu weit führen, alle anderen Mißstände hier anzuführen. Herr Schulte muß sich schon damit trösten, daß mit ihm das feierliche Versprechen geben: die Fortsetzung wird so bald als möglich folgen. Allen zureichenden Kollegen aber raten wir: geht in weitem Bogen um das Aufsichtswesen von Schulte zu Wetter a. H. herum, fällt nicht auf die einen hohen Verdienst „garantierenden“ Annoncen herein. Arbeitsgelegenheit ist hier genug, erhandelt euch aber erst im Metallarbeiter-Bureau zu Hagen, Behringhauserstraße 39.

Kiel. Aus dem recht umfangreichen Bericht, den der Geschäftsführer in der am 9. Juli abgehaltenen gemeinschaftlichen Mitgliederversammlung über das verfloffene zweite Quartal erstattete, ist folgendes hervorzuheben: Die Konjunktur in der Metallbranche an Orte ist nach wie vor eine gute; trotzdem lassen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Betrieben viel zu wünschen übrig. Auf der kaiserlichen Werft herrscht größte Unzufriedenheit über die dort bestehenden niedrigen Löhne. Es hat das zu verschiedenen Eingaben an die maßgebenden Instanzen geführt. Den Arbeitern der Germaniaamerik war es durch energisches Borgehen möglich, aus der ihnen oktroyierten neuen Arbeitsordnung einen Teil der allerhöchsten Bestimmungen auszumerzen. Auf den Howaldtswerken demonstriert der Scharfmacher und Hauptmann a. D. Laves. Die Inhaber der Firma Bollert & Merkel belästigen sich ebenfalls als große Scharfmacher. Geradezu gemeingefährlich aber ist das von den Scharfmachern veranlaßte Vorgehen des Arbeitsnachweises in der Eisenindustrie, wonach der Arbeiter, der keine Beschäftigung in irgend einem Betrieb des Verbandes der Metall- und Eisenindustriellen am Orte freiwillig aufgibt, innerhalb vier Wochen hier in Kiel und der Umgegend keine Arbeit wieder erhält. Dieses Vorgehen ist ein direkter Verstoß gegen die der Arbeiterklasse durch die Gewerbeordnung gewährleisteten Rechte. Es soll versucht werden, dagegen Front zu machen. Die günstige Konjunktur hat den hiesigen Klempnern Gelegenheit gegeben, ausläßlich des am 1. Juli erfolgten Ablaufs ihres Tarifs in eine Lohnbewegung einzutreten. Die Sache hat bereits zum Streit geführt, der gegenwärtig noch im Gange ist. Weitere kleinere Lohnbewegungen sind im verfloffenen Quartal in mehreren kleineren Betrieben mit verschiedenem Erfolg durchgeführt worden. — Erwähnt wird ferner, daß die neugegründete Abteilung der Bauhölzer im guten Aufschwung begriffen ist. — Die Entwidlung der Verwaltungsstelle nahm überhaupt einen unermesslich guten Verlauf. Die Zahl der Mitglieder ist von 2637 am Schlusse des ersten Quartals auf 3060 gestiegen. Es war demnach ein Zuwachs von 423 Mitgliedern zu verzeichnen. Jedoch auch die Disziplin war eine überaus große. Eingetretene sind 430, ausgeschiedene haben sich 466, übergetreten sind 101 Mitglieder. Abgereist sind dagegen 530, ausgetreten, gefahren u. s. w. 42. Im verfloffenen Quartal ist in Kiel der höchste Betrag an Neuenmitgliederzahl, 1732 ML., zur Registrierung gelangt. Da nicht weniger als 79 Versammlungen und Sitzungen zu erledigen und 534 Posteingänge und 1003 Ausgänge zu verzeichnen waren, war die Tätigkeit der Ortsverwaltung eine recht große. Die Abrechnung der Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 14732,14 ML. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 7654,05 und eine Ausgabe von 3105,57 ML. zu verzeichnen, so daß ein Bestand von 4548,48 ML. verblieb. Der Geschäftsführung wurde Entlassung erteilt. Alsdann folgte die Fortsetzung der Diskussion über den Bericht von der Generalversammlung. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, die sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung in großen und ganzen einverstanden erklärte. Dem Verhalten der von Kiel entsandten Delegierten wurde ebenfalls Zustimmung erteilt. — Der in Aussicht genommene Bericht vom Gewerkschaftslogogreeh zu Köln mußte ausfallen, da der Herr Herrmann Gotthausen am Schloßgarten verhindert war. — Bei Beschlüssen wurde außer anderem beschlossen, das Lokalgeschichtliche Vereinigungswesen in Richtung der Mitglieder auf 40 Pf. zu erhöhen. Des weiteren gelangte der Antrag zur An-

nahme, aus der Lokalkasse 200 ML. für das im Kampfe befindliche russische und polnische Proletariat sofort zu entsenden.

Zugern. Wir sehen uns veranlaßt, vor Annahme von Arbeit in der hiesigen Nähmaschinenfabrik „Helvetia“ zu warnen, wenn nicht eine schriftliche Garantie für den Verdienst gegeben wird. Seit einer Reihe von Jahren sind in dieser Fabrik immerwährend Affordabzüge gemacht worden, die die hiesige Gewerkschaft wegen der Gleichgültigkeit des größten Teiles der Arbeiter der Fabrik nicht verhindern konnte. Im letzten Herbst waren diese Leute infolge verschiedener Drucks auf kurze Zeit aufgewacht. Der Gewerkschaftsvorstand hatte nach vergeblichem Bemühen bei der Direktion mit dem Präsidenten des Verwaltungsrats im Beisein der Direktion eine Unterhandlung. Erreicht wurde für Überzeit 25 Prozent, bessere Behandlung durch einzelne Angestellte. Wegen der Affordabzüge war die Antwort: „Ja, da könnte man sagen, vor 50 oder 20 Jahren ist für dieses Stück so und so viel bezahlt worden.“ Man habe aber mit der ausländischen Konkurrenz schwer zu schaffen. Von den Vereinbarungen wird heute fast nichts mehr gehalten. In letzter Zeit haben Kollegen, die sechs und mehr Jahre in diesem Geschäft tätig waren, den Staub von den Füßen geschüttelt. Es ist uns nun mitgeteilt worden, daß in Deutschland (Durlach, Kaiserlautern, sogar nach Wiesfeld scheint man zu gehen) dafür Ersatz gesucht wird. Ein neuengagierter Zeichner, Wilmann, soll sich bemühen, den Mißbrauch des Herrn Krämer: „Es wird nicht eher Ruhe bis die Alten alle raus sind“, in die Tat umzusetzen. Was die Löhne betrifft, so sind in letzter Zeit in der Zulieferung Durchschnittslöhne von 45, 48, 50 Centimes per Stunde erreicht worden. Im letzten Jahre haben in dieser Abteilung Leute bei gleicher Arbeitsleistung wie 1903 über 200 Franken weniger verdient. In der Montierung werden Durchschnittslöhne von 38 bis 60 Centimes erreicht. Vielleicht meint mancher, das sei noch nicht schlecht bezahlt, doch soll jeder bedenken, daß man hier am schönen Bierwaldstättersee lebt, wo alles zum Leben Nötige sehr teuer ist. Es sind schon Fälle vorgekommen, daß Arbeiter vom 14-tägigen Verdienst nicht einmal Kost und Logis bezahlen konnten. Bei Weitergehenden heißt es immer, es wird bis 6 Franken und mehr per Tag verdient. Wir warnen nochmals alle Kollegen davon, ohne vorherige Erkundigung bei der hiesigen Gewerkschaft, bei der „Helvetia“ Arbeit zu nehmen.

Wilmann a. H. In der letzten Zeit sind sehr viele Gerüchte über die Lohnbewegung der Arbeiter der Firma Felten & Guilleaume in die Welt gesetzt worden, die teils für, teils gegen die organisierte Arbeiterklasse sprechen. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Durch die fortgesetzten Lohnabzüge und Drangsalierungen von einzelnen Betriebsbeamten in den letzten Jahren, fühlten sich die Arbeiter veranlaßt, sich in Massen den bestehenden Organisationen anzuschließen. Im vorigen Jahre wurde nun von den Arbeitern aller Betriebsabteilungen einstimmig beschlossen, einen allgemeinen Lohn- und Affordtarif auszuarbeiten, um eine kleine Lohnerhöhung zu erlangen, um aber auch das bestehende tariflich festzulegen und so geregelte Lohn- und Affordverhältnisse zu schaffen. Nachdem der Affordtarif in den einzelnen Abteilungen und von den Leitern der beteiligten Organisationen geprüft und anerkannt war, wurde er vor ungefähr sechs Wochen der Firma eingereicht und zugleich bemerkt, sie möge sich innerhalb 14 Tagen darüber äußern. Nach Verlauf dieser Frist wollten die Leiter der beteiligten Organisationen bei der Firma vorstellig werden, sie wurden aber abgewiesen. Man ließ sie nicht bis zur Direktion kommen, sondern es wurde ihnen von einem Diener mitgeteilt: der Herr Generaldirektor lehne die Verhandlungen ab, weil keine Arbeiter aus seinem Betrieb mit zugegen seien, überhaupt wolle er mit den Organisationen nichts zu schaffen haben. Darauf wurde eine Kommission aus den Reihen der Mitglieder gewählt, aber auch diese ließ man nicht zu Verhandlungen zu; es hieß, sie solle erst den Beweis erbringen, daß sie im Auftrag sämtlicher Arbeiter käme. Um diesen Beweis zu führen, wurden für die einzelnen Abteilungen wiederum Besprechungen veranstaltet und Unterschriften gesammelt. Nachdem diese Listen der Firma eingereicht worden waren, gingen einzelne Betriebsbeamte dazu über, die betreffenden Arbeiter zur Zurücknahme ihrer Unterschrift zu veranlassen. Da dieses den Herren auf gutem Wege nicht gelang, griff man zu anderen Mitteln. Zuerst wurden drei Mann entlassen. Weiteren Arbeitern wurde recht lebenswichtig von ihren Meistern gesagt: „Sie alter Stochfisch, wie kommen Sie dazu, so was zu unterschreiben, Sie sollten froh sein, daß sie noch hier sind.“ Und Ähnliches mehr. Die Herren, die selbst froh sein sollten, daß sie in Lohn und Brot bleiben, sollten sich schämen, Arbeitern, die 20 und mehr Jahre im Werte beschäftigt sind, derartiges zu sagen. Laufen doch über einige dieser Herren Gerüchte um, die, wenn die Direktion die Sachen untersuchen würde, höchst wahrheitsgemäß zur Folge hätten, daß verschiedene an die Luft gesetzt würden. — Bei der Einreichung der Listen wurde den Arbeitern gesagt, der Herr Generaldirektor sei bereit und die Beamten seien mit keinerlei Vollmachten versehen, mit den Arbeitern zu unterhandeln. Nachdem der Herr Generaldirektor von der Reize zurück war, sprachen die Arbeiter nochmals vor. Der Herr Direktor erklärte, er wolle wohl unterhandeln, aber nur mit solchen Arbeitern, die über zehn Jahre im Betriebe beschäftigt sind. Es sollte eine Liste von solchen Arbeitern angefertigt und eingereicht werden, aus jeder Abteilung drei Mann, man solle ihm aber nicht mit der Organisationen kommen, er würde mit diesen unter keinen Umständen unterhandeln. Um nun dem Wunsch des Herrn entgegenzukommen, wurde diese geforderte Liste sofort angefertigt und von den Gewählten eingereicht. Aber der Herr war wiederum, ohne Vollmachten zu hinterlassen, verzeißt. Aus allem Angeführten geht zur Genüge hervor, daß die Arbeiter in jeder Weise bemüht waren, die Angelegenheit auf friedlichen Wege zu regeln, aber das ganze Benehmen der Firma und die Verschleppung der Verhandlungen haben bereits dazu geführt, daß die Arbeiter des Feingugs ihre Kündigung eingereicht haben. Besonders ist es der Herr Direktor Schleifenbaum, der bei den Unterredungen mit den einzelnen Kommissionen die Leute einzuschüchtern suchte und hart angefahren hat. Wenn die Firma aber meint, durch ihre Verschleppungspolitik die Arbeiter irrezuführen zu können, so ist sie gewaltig auf dem Holzwege. Die Arbeiter werden auch nicht mit verschränkten Armen zusehen, wenn einzelne ihrer Kollegen gemäßigter werden. Sollte es zu ähnlichem Konflikt kommen, so tritt die Arbeiter keine Schuld, sie lehnen jede Verantwortung für die etwa entstehenden Folgen entschieden ab, da das von ihnen Geforderte so minimal ist, daß es von der Firma bewilligt werden kann.

M. Gladbach. Herr Robert Steinberg, Emaillemeister der Firma Robert Janßen, sandte uns, datiert vom 17. Juli, zu der Korrespondenz in Nr. 21 (nicht 23, wie er in seiner Zuschrift angibt) eine Berichtigung. Er bestritt, einen Bremer deshalb an die hiesige Zeit beordert zu haben, weil dieser mehr Lohn verlangt hat. Ja, Richtigkeit habe ich demselben gefürchtet, weil er eine halbe Überzeit, welche er für einen fehlenden Kollegen machen sollte und zu welcher er nach § 4 unserer Arbeitsordnung verpflichtet war, nicht gemacht hat. Er erklärte mir, wenn er nicht mehr Lohn bekäme, mache er die halbe Schicht nicht, es hat der Dienstsaftegen fünf Stunden Mißgefallen. Daraufhin habe ich ihm gekündigt. — Herr Steinberg hat ziemlich lange gebraucht, bis er sich auf diese „Berichtigung“ besonnen hat.

M. Gladbach. Im Saale des Herrn Buschmann wurde am 13. Juli eine von dem christlichen Metallarbeiter-Verband einberufene Generalversammlung der Firma Robert Janßen abgehalten. Die Tagesordnung lautete: „Welches sind die Gründe in die Maßregelung des Vertrauensmannes des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes?“ Die Christlichen hatten alle ihre Mitglieder, die in den anliegenden Betrieben beschäftigt sind, zusammen getrommelt, weil sie wohl wußten, daß sie sonst niemals die Mehrheit in dieser Versammlung bekommen hätten. Es galt einmal wieder den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu zerschlagen. Auf welche Art dieses versucht wurde, kann man aus nachfolgendem sehen. Der Antrag zu dieser Versammlung sollte angeblich ein Artikel in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung sein, in dem einem Christlichen vorgeworfen wurde, er hätte den Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes denunziert. Nachdem ein Christlicher die

Versammlung eröffnet hatte, nahm der christliche Referent das Wort und versuchte, mit einer zehn Minuten langen Schimpferei seine Kollegen reinzuwaschen. Mit welchen Worten der Mann um sich warf, davon einige Beispiele. „Hergelaufene Subjekte“, „Gemeinheit“, „Lügen“ und andere Kraftausdrücke flogen nur so herum. Der gut Mann glaubte vielleicht, durch seine Böhleien die Anwesenden sich gewinnen zu können, aber er hatte wenig Erfolg. Außer den bestellten Bravollatschern fand er wenig Anhang. In welchem Geiste die ganze Rede gehalten war, kann man auch daraus erkennen, daß der Referent behauptete, wir wollten Religion und Pfaffen ausrotten. Überhaupt wurde während der ganzen Versammlung der rote Lappen geschwenkt, um den Anwesenden vor den freien Gewerkschaften graulich zu machen. Beweise gegen unseren Artikel wurden nicht vorgebracht, nur folgendes: Der Christliche denunzierte den Kollegen, als er noch nicht Mitglied des christlichen Verbandes war, erst 14 Tage danach wurde er dort Mitglied. Die Christlichen stützten sich bei ihren Ausführungen auf den Meister Steinberg. So sagte unter anderem der Referent, der Meister werde die Maßregelung des sozialdemokratischen Vertrauensmannes wohl richtig stellen. Als wenn heutzutage Unternehmer und Meister noch zugäben Arbeiter gemäßigter zu haben. Speziell dieser Meister hat innerhalb drei Jahren 40 bis 50 Prozent aller Löhne reduziert. Charakteristisch ist auch, daß der Meister dem gemäßigten Kollegen eine briefliche Einladung zu dieser Versammlung schickte. In der Diskussion kam auch der gemäßigete Kollege zum Wort und er legte die Verhältnisse der Wude so dar, wie sie schon öffentlich in der Metallarbeiter-Zeitung klargestellt worden sind. Dann ging er noch näher auf einen Artikel in der Westdeutschen Landeszeitung ein, in dem etwas über „Terrorismus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ zu lesen war. In dem Zentrumsblättchen wurde die Behauptung aufgestellt, unser Vertrauensmann hätte den fraglichen Christlichen durch Schreien zwingen wollen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten. Der Kollege kennzeichnete dies als eine grobe Unwahrheit, für die die Christen niemals den Wahrheitsbeweis erbringen könnten. Auch faselt der Artikelschreiber der Westdeutschen von Beweisen, die nicht erbracht hätten. Nun, wir meinen, daß wir in der Versammlung genügend Beweise geliefert haben. Als im Laufe der Versammlung der Kollege Wallbrecht aus Düsseldorf ums Wort bat, wurden die Christlichen plötzlich schon und wollten keine freie Diskussion mehr gewähren, es wurden ihm nur zehn Minuten bewilligt. Kollege Wallbrecht kennzeichnete in kurzen treffenden Worten das ganze Gebahren der Christlichen, die nur im Trüben zu fischen versuchten. — Hieraus können die Kollegen erkennen, wie die Christlichen mit allen möglichen Mitteln unsere Reihen zu sprengen versuchen. Aber es wird ihnen nicht gelingen. Auch auf sie paßt das Wort von der Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Denn nach Schluß der Versammlung ließen sich mehrere Kollegen in den Deutschen Metallarbeiter-Verband aufnehmen.

Offenbach a. M. Die hiesige elektrotechnische Fabrik (vormals Schröder & Co.) hat schon wiederholt in auswärtigen Blättern tüchtige Mechaniker gesucht. Und wie es bei solchen Gesuchen immer üblich ist, werden Versprechungen gemacht, die in Wirklichkeit nie gehalten werden. Auf diese Lockfingerte fallen auch dann und wann Kollegen hinein, müssen das aber immer bereuen. Auch einige Kollegen glaubten die in den Dresdener Neuesten Nachrichten von der Firma gemachten Versprechungen über 35 bis 40 Pf. Anfangslohn als bare Münze nehmen zu dürfen. Aber wie schwer haben sie sich getäuscht als sie hierher kamen — ganze 30 Pf. Stundenlohn erhielten sie, aber auch erst als sie mit 28 Pf. nicht zufrieden waren. Die Vertreter dieser Firma verstehen es vorzüglich, die Arbeiter auszubeuten. Es wird Arbeit in Afford gegeben ohne vorher mit den Arbeitern einen Preis auszumachen. Wird dann gelegentlich von einem Herrn Rindner der Affordpreis festgesetzt, so ist er derartig, daß die Leute in der Regel unter ihrem Lohn verdienen. Kommt es doch einmal vor, daß ein Arbeiter etwas über seinen Lohn verdient, so versucht man es, den Mehrwert nicht einzubehalten oder man zieht ihn unter Vorwänden direkt ab. Übrigens ist Herr Rindner gar nicht in der Lage, eine Arbeit richtig berechnen zu können, da er nur taupnämlich ausgebildet ist. Die Firma treibt auch die Kehlringstücker; bei 15 bis 20 Arbeitern sind fast 20 bis 25 Kehlringe vorhanden, die als jugendliche Arbeiter angenommen werden. Nach einigen Wochen wird dann ein Kontrakt abgeschlossen, der die jungen Leute drei Jahre bindet. Lernen können sie aber nichts, weil die Arbeit das von vornherein ausschließt. Übrigens müssen die Kehlringe den Lohn der Arbeiter mit verdienen helfen, was aus Ausführungen des Werkmasters hervorgeht. Kam es doch vor, daß bei Beschwerden der Arbeiter der Meister erklärte: „Da kriegen Sie nur den Bub besser dran, han'n Sie ihm ein paar ins Gesicht, dann wird's schon besser geh'n!“ — Auch die Heimarbeit wird gepflegt. Es gibt Kollegen, die Arbeit mit nach Hause nehmen und sie zum Teil von Familienmitgliedern fertigstellen lassen. Mit Recht sind darüber verschiedene Kollegen empört, weil dadurch die Affordpreise nur noch verschlechtert werden. Daß die Verhältnisse so verbesserungsbedürftig sind, ist Schuld der Kollegen, die sich der Organisation fernhalten und an Unglimmelei hochgradig leiden. Würden sie sich etwas mehr Mühegrat anschaffen, wäre es sicher möglich, Verbesserungen zu erreichen.

Mathematis. Die Bewegung auf Abschluß eines Tarifs in den landwirtschaftlichen Maschinenfabriken hat durch Unterschrift des Tarifs ihren Abschluß gefunden. Festgelegt ist die zehnstündige Arbeitszeit. Bei Überstunden wird für die ersten 2 Stunden 5 Pf., für die weiteren 15 Pf. Zuschlag bezahlt. Den Tischlern, Stellmachern und Formern wird ein Mindestlohn von 40 Pf. garantiert. Anschläger, Schmiede und Monteur haben 35 Pf., Schlosser und Feinher 32 Pf. Minimallohn. Der Tarif dauert bis 1. April 1906. Diese Abmachungen bedeuten für die Arbeiter eine nennenswerte Verbesserung ihrer Lebenslage. Sache der Arbeiter ist es nun, daß die tariflichen Abmachungen auch genau eingehalten werden. Zu bedauern ist das Verhalten der Kollegen von Richter & Co., wo der Gewervertreter vorherrschend ist. Diese Arbeiter fanden es nicht der Mühe wert, sich an der Bewegung zu beteiligen. Sonst wären die Vorteile für die Kollegen noch günstigere geworden.

Reichenbach i. B. Die Lohnverhältnisse in den hiesigen Fabriken sind die denkbar traurigsten. Das Überstundenwesen und die Sonntagarbeit stehen in voller Blüte. Das größte am Orte bestehende Geschäft, die Werkzeugmaschinenfabrik und Eisengießerei von J. C. Braun, wird von den zugereisten Kollegen, die dort zu arbeiten anfangen, mit ganz verschwündernden Ausnahmen so schnell wie möglich wieder verlassen. Es werden ihnen Löhne von 19, 20, 25, selten 26 bis 27 Pf. bezahlt. Arbeiter mit höheren Löhnen gibt es in der Fabrik sehr wenige. Als in diesem Jahre die Ausgabe zum Militär festgesetzt wurde, fragte der Mitinhaber der Firma, Herr Heinrich Braun, einige Kollegen, ob sie zum Dienst ausgehoben worden seien. Als dieses bejaht wurde, machte er darauf aufmerksam, daß die Kollegen ja sparen sollten. Wie sie dieses fertig bringen sollen, ist Geheimnis dieses Herrn. Maschinenrichtungen und Anleideräume sind in dem Betrieb nicht vorhanden. Die Ventilationsrichtungen, besonders in der Gießerei, sind schlecht. Während des Gießens sind die den Kran bedienenden Leute oft einer Ohnmacht nahe. Die Formner müssen bei zweifelhaftem Lichte arbeiten, so daß es wirklich kein Wunder ist, wenn von ihnen über Verschlechterung ihrer Sehkräft geklagt wird. Die Werkzeuge sind Eigentum der Formner, mit Ausnahme von Sieb, Sprengstus, Stämpfer und Schaufel. Am Lobtag werden jedem Formner pro Part 4 Pf. für Sieb und Stützengelb abgezogen. Was kosten denn in Reichenbach derartige Werkzeuge, Herr Braun? Wenn den Formnern derartige Summen abgezogen werden, so könnten doch meistens die Werkzeuge in einem tadelloser Zustand sein. Siebe mit feinsten Sieben und halbe Schaufeln könnte man getrost ins alte Eisen werfen. Die Aborte sind eine Brutstätte für Ungeziefer. Die Behandlung der Arbeiter läßt zu wünschen übrig. Der Herr Stadtrat Braun hat in seinem Verdon allerlei Kosennamen. Daß solche Zustände aber durch das Verschulden der Arbeiter sich eingebürgert haben, wird jedem einleuchten, der die Organisationsverhältnisse am hiesigen Orte und speziell in diesem Betrieb kennt. Ein großer Teil der Arbeiter sucht sein Glück in allen möglichen Klimbimbos. Am Lobtag do

wird geschimpft und geweiht, aber im Betrieb da macht man sich lieb... Nur ein Wink und es werden zahlreiche Überstunden gemacht.

Solingen. Unsere Aufgabe, unter allen Umständen Klarheit in die verworrenen Solinger Verhältnisse zu bringen, setzen wir mit diesem Bericht fort. Die Leser kennen den in letzter Nummer veröffentlichten Brief des „Alten Solingers“, den er an die hiesige Geschäftsleitung des Metallarbeiter-Verbandes richtete.

mit Rücksicht auf die unlohnenden Preise, die heute für Blecharbeiten bezahlt werden, nicht bewilligen kann. Diese Blecharbeiten sind lediglich angenommen, um meine Arbeiter in der Kesselschmiede beschäftigen zu können.

Rundschau.

Klempnermeister auf dem Kriegspfade.

Die Lohnbewegung der Klempnergehilfen in Rheinland-Westfalen hat den „Westdeutschen Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede“ so in Harnisch gebracht, daß er sich folgendes, in der in Mannheim erscheinenden Fachzeitung für Blechbearbeitung abgedruckten, Aufruf leistete:

„Die schon längst angekündigte Bewegung zugunsten der Tarifverträge hat ihren Anfang genommen, und will der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband (Sich Stuttgart) den Meistern in ganz Rheinland und Westfalen die Tarifverträge aufzoteln lassen.“

Westdeutsche Kollegen, es liegt jetzt allein an uns, daß es bei diesem einen Erfolg des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes bleibt und bleiben muß, und richten wir an alle Kollegen die dringende Bitte: Unterstützen Sie mit allen Kräften die Meisterschaft der freitrenden Städte.

Es muß sich jeder, der sich als Handwerker fühlt, ob Meister oder Geselle, zur Ehre anrechnen, die Kollegen in dem aufgezwungenen Kampfe zu unterstützen. Niemals kann und darf ein Handwerksmeister, der sich seiner Standesehre bewußt ist und welcher wünscht, daß auch der Zukunft unser Gewerbe erhalten bleiben soll, mit einer sozialdemokratischen Gewerkschaft Verträge, gleich welcher Art, abschließen.

Von diesem Aufruf kann man auch sagen: Dummheit und Stolz wachsen auf einem Holz. Die Verfasser bilden sich auf ihre Selbstständigkeit, auf ihre Standesehre schrecklich viel ein.

Wirfungen verkürzter Arbeitszeit.

Viele Arbeitgeber erklären, an sich hätten sie gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit nichts einzuwenden, wenn sie nur nicht die Produktionskosten erhöhte. Gelänge es in kürzerer Arbeitszeit die gleiche Produktionsmenge herzustellen, so bedeute dies auch für die Unternehmer einen Vorteil.

zur Aufrechterhaltung des Betriebs, viel minderwertiger als die Leistung während der regulären Arbeitsstunden.

Vom Ausland.

Österreich.

Der oberste Gerichtshof hat am 20. Juni 1905 ein Urteil gefällt, nach dem Unternehmer oder Verbände, die gegen mißliebige Arbeiter „schwarze Listen“ in Umlauf setzen, den von diesem Umwesen Betroffenen gegenüber zum Schadenersatz verpflichtet sind.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter

(G. S. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Den Mitgliedern, die sich um die Stelle eines Bureaubeamten bei der Kasse beworben haben, zur Nachricht, daß von der Generalversammlung das Mitglied M. Müller, Berlin, gewählt wurde.

Zu Laufe der vorigen Woche wurden die Quittungsmarken für die von der Generalversammlung beschlossenen Extrabeiträge und damit zugleich auch die Marken für die Frauensterbefälle versandt.

Die Agitationszirkulare für die Frauensterbefälle sind sämtlich vergiffen. Zur Anmeldung kann ein beliebiges Briefbogen verwendet werden; die für den Beitritt gültigen Beitrittskarten werden mit den Mitgliedsbüchern z. gefandt.

Am 6. November d. J. werden 25 Jahre verflossen sein, seit die Kasse genehmigt und in Wirksamkeit getreten ist.

Folgende Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln ist, wurden ausgeschlossen: Baensch 164262; Köpfer 119035; D. Schulz 109845; R. Kempel 120629.

Hamburg, 15. Juli 1905. Mit Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Juni 1905.

Einnahmen:

- Kassenbestand vom Mai 1905. 141984,68. Bon: Alt-Ohmenitz 100. Altkleinfeld 130. Amberg 200. ...

Stuttgart. Lohnbewegung der Kesselschmiede bei O. Sauerbrey. Am 9. Juli hielten die Arbeiter dieser Firma eine Versammlung ab. Der Lohn bei den selbständigen Arbeitern beträgt 35 Pf., der der Hilfsarbeiter 27 Pf. pro Stunde.

Urbirgen 30. Urberach 100. Urdenbach 50. Welbert 100. Vogel-

Dresden-Neustadt 800. Dresden-Striesen 100. Eberstadt 100. Ebig-

Krankengeld I. Klasse 476,10. Krankengeld II. Klasse 204,75. Kranken-

Bilan: Einnahmen 1451717,47 M. Ausgaben 24768,28 M.

Bestand: 1426949,19 M.

C. Deneuth, Hauptkassier.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen. Wachen. Samstag, 5. Aug., abends 9 Uhr, im Restaurant St. Martin, Alexanderstraße.

Bruchsal. Samstag, 5. Aug., abends halb 9 Uhr, im Gasthof d. Einhorn. Dinglau. Samstag, 5. Aug., abends halb 9 Uhr, zu den 'drei Stienen'.

Brandenb. Samstag, 5. August, abends halb 9 Uhr, im 'Gewerbehaus', Langestr. 16. Greiffswald. Samstag, 29. Juli, abends halb 9 Uhr, bei A. Wutte, Langereich 83.

Winden. Samstag, 5. Aug., abends 8 Uhr, in der 'Zentralhalle', Ritterstraße 18. Wülhausen i. G. Samstag, 5. Aug., abends 8 Uhr, zur 'Sonne', Rastoffelmarkt.

Sangerhausen. Samstag, 5. Aug., abends halb 9 Uhr, im 'Deutschen Kaiser'. Schwelm. Sonntag, 6. Aug., nachmittags halb 8 Uhr, bei Doerffel, Kaiser Friedrichplatz.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Vertrauensleutekonferenzen (Metallarbeiter und Berufsgenossen) Montag, 31. Juli, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Hienotung-Essenz. sehr beliebtes Essenzmittel, extra stark, verwendet an Wiederkehrkräften.

Hygienische. Bedarfsartikel, Neuester Katalog im Empfang, viel, Ärzte u. Prof. grat. u. fr.

Unerreicht Fränkler-Bike. 65 Prots und Qualität sind Fränkler-Bike.

Wieland & Co., Nürnberg 425. Fabrikant, Fabrikanten.

Der Metallarbeiter. Hilfs- u. Nachschlagewerk für Dreher u. Schlosser.

Der IV. Internationale Metallarbeiter-Kongress. Bericht über die Kongressverhandlungen und die Tätigkeit des Internationalen Informationsbureaus der Metallarbeiter in Sheffield.

MUSIK. ERNST HESS KLINGENTHAL'S. Mit Versand an Privatleute.

Echt blaue Körper-Anzüge braune Mech-Kittel. Katalog und Proben gratis.

Freizeitsport. J. Jendrosch & Co. Charlottenburg 5. No. 8.

MEINEL & HEROLD. Harmonikafabrik, Klagenfurt (Sa.) No. 439 C.

Musikinstrumente. Unter Garantie für Dürre direct aus der Fabrik von Lederer & Kreinberg.

Conrad Müller Buch- und Steindruckerei. Perforier- und Gummier-Anstalt. Gegründet 1885. Telefon No. 85.

Bitte lesen! Günstige Werte kann ich für recht billigen Preis liefern.

WER. Stellung sucht, verlange per Karte die (447) Allgemeine Vakanzenliste BERLIN 87, Neuhochstr.

Urania. feinste Qualitätsmaße. Preis enorm billig. Ebenso alle Fahrradzubehör- u. Einzelteile.

Orkan-Fahrräder. Find auch für Saison 1905 wiederum die besten und doch die billigsten.

Tücht. Ornamenten-Flaschner. finden dauernde Beschäftigung bei Karl Wörner, Kunstfläschner.

Lebens-größe 45/55 cm für 3 M. Porto, Verpackung 60 Pf.

Verlangen Sie. Illust. Preisliste von der größten holl. Zigarren- und Tabakfabrik.

Verlangen Sie. Illust. Preisliste von der größten holl. Zigarren- und Tabakfabrik.